

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.12 - 65. Jahrgang

13. Juni 2015

„Die Gleichstellung ist nicht aufzuhalten“



Seit Montag weht am Kurt-Schumacher-Haus die Regenbogenfahne. Foto: Horb

**Die Berliner SPD zeigt nicht nur Flagge an ihrem Haus, sie setzt sich auch weiter für Gleichstellung und die Öffnung der Ehe für alle ein. Dass die Berliner CDU eine Zustimmung Berlins zu einer entsprechenden Entschließung im Bundesrat blockiert, ist auf scharfe Kritik gestoßen.**

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller hatte die CDU in der Abgeordnetenhaussitzung am Donnerstag noch einmal eindringlich aufgerufen, im Interesse der Stadt den Weg mitzugehen. „Die Debatte ist längst geführt“, sagte Müller. „Die vollständige Gleichstellung wird nicht aufzuhalten sein.“ Von Berlin müsse ein starkes Signal für Toleranz ausgehen. Die Tür bleibe für die CDU bis zur letzten Minute offen.

Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß bezeichnete die Ablehnung des CDU-Vorsitzenden Frank Henkel, sich für eine Öffnung der Ehe für alle einzusetzen, als „engstirnige Entscheidung“. „Die Berliner CDU zeigt einmal mehr, dass sie von einer liberalen Hauptstadtpartei Lichtjahre entfernt ist. Berlin ist weltoffen, tolerant und akzeptiert ganz selbstverständlich gleiche Rechte für gleiche Liebe. Das hat die Henkel-CDU noch immer nicht begriffen.“ **BS** □

Landesparteitag:

## Stadt der Willkommenskultur

Berliner SPD berät Friedens- und Flüchtlingspolitik

Es geht um die Weiterentwicklung friedenspolitischer Initiativen, um die Bekämpfung von Fluchtursachen und die Aufnahme Asylsuchender in Berlin, aber auch um Strategien gegen rechts und eine vernünftige finanzielle Ausstattung der Bezirke. Auf ihrem Landesparteitag berät die Berliner SPD an diesem Sonnabend im Interconti ein breites Themenspektrum. Auf der Tagesordnung stehen zudem Reden von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und dem Berliner SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß.

Rund 250 Anträge enthalten die umfangreichen Antragsbücher, die den Delegierten zugegangen sind. Auf der Internetseite [parteitag.spd.berlin](http://parteitag.spd.berlin) sind sie zusammen mit den Empfehlungen der Antragskommission veröffentlicht, am Sonnabend werden dort auch die aktuellen Beschlüsse nachzulesen sein.

Unter [livestream.spd.berlin](http://livestream.spd.berlin) wird der Landesparteitag wieder im Internet übertragen. Auf der Internetseite [spd.berlin](http://spd.berlin) wird im Live-Blog den ganzen Tag über den Ab-



Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier ist Gastredner auf dem Berliner Landesparteitag.

Foto: Horb

lauf des Parteitags, die Reden und die Debatten berichtet.

Eröffnet wird der Parteitag im Interconti an der Budapester Straße um 9.30 Uhr mit den Vorwärts-Liederfreunden. Am Nachmittag stehen die Wahl von 22 Delegierten für den Bundesparteitag sowie die Nachwahl von Knut Lambertin als Pankower Kreisvorsitzender in den Landesvorstand auf der Tagesordnung. **BS** □

## Streiks für bessere Arbeit

Arbeitskämpfe bei Post und Charité, Proteste der Kita-Beschäftigten

**Mit der Forderung „Aufwerten jetzt!“ ruft der DGB an diesem Wochenende bundesweit zu Demonstrationen und Kundgebungen auf.**

Untermuert werden soll damit die - bisher erfolglose - Forderung der Fachkräfte aus Erziehung und sozialer Arbeit nach einer Aufwertung ihrer Berufe. Aus Sicht des DGB geht es hierbei auch um eine gesellschaftliche Grundsatzfrage, die zum einen den Wert betrifft, der Bildung, Erziehung und Sozialer Arbeit zugemessen wird. Zum anderen aber auch um die Gleichstellung weiblich dominierter qualifizierter Arbeit mit anderen gleichwertigen Tätigkeiten.

Anders als der Kita-Streik betrifft der Post-Streik auch Berlin. Die Gewerkschaft Ver.di

hatte am Montag zu einem unbefristeten Streik aufgerufen, um eine weitere Auslagerung von Beschäftigten in Tochtergesell-

### IN DIESER AUSGABE:

BAUSTEIN UM BAUSTEIN	S. 3
WIE INKLUSIV IST DIE SPD?	S. 6
SPD SÜDSTERN SAMMELT IDEEN	S. 7
DEBATTE ZUR PFLEGEKAMMER	S. 9

schaften der Post mit schlechteren Tarifverträgen zu verhindern. Ab 22. Juni wollen die Pflegekräfte an der Charité in einen unbefristeten Streik treten, um ihre Forderungen nach mehr Personal und besseren Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Im Mai hatte es bereits Warnstreiks gegeben. **BS** □

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

# Blutige Rohstoffe

## Kennzeichnungspflicht für „Konfliktmineralien“ kommt

**Täglich benutzen wir Handy, Computer und Fernseher ganz selbstverständlich. Aber darüber, was in diesen Geräten verarbeitet ist und wo die Rohstoffe dafür herkommen, machen wir uns selten Gedanken. Mineralien wie Zinn, Tantal, Wolfram oder Gold, die für die Produktion u.a. von technischen Geräten genutzt werden, kommen häufig in so genannten Konfliktregionen vor.**

Korrumpierte Regime und bewaffnete Aufständische verschaffen sich dort gewaltsam den Zugang zu Rohstoffen, die Minenarbeiter - oftmals Kinder - werden extrem ausgebeutet. Mit den erzielten Gewinnen aus dem Handel mit den Mineralien werden weitere Kämpfer und Waffen finanziert. Die Region wird somit noch weiter destabilisiert.

Es bedarf daher mehr Transparenz bei den Lieferketten von gehandelten und verarbeiteten Mineralien, um den Handel mit Rohstoffen aus Konfliktgebieten eindämmen zu können. Verbraucher haben das Recht zu erfahren, auf welche Weise ihre Produkte hergestellt werden. Nur so werden sie in die Lage versetzt, selbst eine fundierte Kaufentscheidung zu treffen und bewusst auf Produkte zu verzichten, in denen Konfliktmineralien verarbeitet werden. Denn ohne transparente Lieferketten finanzieren viele ungewollt indirekt Konflikte und Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung mit. Damit muss Schluss sein.

Die Europäische Kommission hatte im letzten Jahr vorgeschlagen, dass Importeure von Rohstoffen in die EU eine Zertifizierung von Mineralien auf freiwilliger Basis vornehmen sollen. Bei der Abstimmung in der letzten Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg konnten wir Sozi-



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europaabgeordnete. Foto: Europäisches Parlament

aldemokraten diesen Vorschlag nun entscheidend verschärfen und uns, gegen konservativen Widerstand, mit der Forderung durchsetzen, dass diese Zertifizierung zukünftig verpflichtend geschehen soll.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) hat bereits Leitlinien für Unternehmen, die mit Mineralien aus Konfliktregionen arbeiten, entwickelt. Das Europäische Parlament fordert mit seiner Entscheidung nun, dass die OECD-Regelungen von allen Unternehmen umgesetzt werden müssen, die in ihrer Produktion Zinn, Tantal, Wolfram oder Gold verarbeiten und der Schmelze nachgelagert sind.

Bevor die Verordnung jedoch in Kraft treten kann, müssen sich nun das Parlament und die Mitgliedstaaten auf einen endgültigen gemeinsamen Gesetzestext einigen. Die Mitgliedstaaten müssen jetzt nachziehen, damit möglichst bald der erste Schritt unternommen werden kann, um den Teufelskreis aus dem Abbau von Rohstoffen und bewaffneten Auseinandersetzungen in Konfliktregionen zu durchbrechen.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

# Wahlkreise: Verteilung festgelegt

## Veränderungen in vier Bezirken

**Der Senat hat die Verteilung der 78 Wahlkreise auf die Bezirke für die Abgeordnetenhauswahl im kommenden Jahr festgelegt. In vier Bezirken gibt es Veränderungen.**

Nach den Zahlen der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung zum Stichtag 31. Dezember 2014 erhalten die Bezirke Mitte und Neukölln jeweils einen weiteren Wahlkreis und haben damit künftig jeweils sieben, während die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg (künftig 5) und Tempelhof-Schöneberg (künftig 7) jeweils einen Wahlkreis verlieren. Keine Verände-

rungen gibt es in Pankow (9), Charlottenburg-Wilmersdorf (7), Spandau (5), Steglitz-Zehlendorf (7), Treptow-Köpenick (6), Marzahn-Hellersdorf (6), Lichtenberg (6) und Reinickendorf (6).

Sobald die Bekanntmachung der Wahlkreisverteilung auf die Bezirke im Amtsblatt erfolgt ist, legen die Bezirke die Wahlkreisgrenzen fest. Dafür haben sie bis zum 27. September 2015 Zeit. Wenn die Straßenzuordnung zu den Wahlkreisen erfolgt ist, wird sie wiederum im Amtsblatt veröffentlicht. Danach kann eine Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten erfolgen.

## POLITIK PERSÖNLICH

**Alev Deniz**, jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, ist mit dem Helene Weber Preis ausgezeichnet worden. Der Preis, der seit 2009 zum dritten Mal verliehen wurde, würdigt bundesweit und parteiübergreifend herausragendes Engagement von Nachwuchs-Kommunalpolitikerinnen. Eine unabhängige Jury unter Vorsitz des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in diesem Jahr aus über einhundertzwanzig Bewerbungen von ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen, die durch Bundestagsabgeordnete vorgeschlagen werden mussten, zwanzig von ihnen als Helene Weber Preisträgerinnen ausgewählt. „Wir freuen uns mit Alev und gratulieren ihr ganz herzlich,“ sagt Martina Matischok, SPD-Fraktionsvorsitzende in der BVV Mitte. „Alev engagiert sich weit über das normale Maß in den Ausschüssen der BVV, in der Fraktion und darüber hinaus. Sie ist gefragte Gesprächspartnerin für viele Bürger\_innen, soziale Träger im Bezirk und auf Landesebene.“

Alev Deniz ist seit Januar 2013 in der BVV und neben ihrer Aufgabe als jugendpolitische Sprecherin ebenfalls Queer-Beauftragte der Fraktion. Die Auszeichnung wurde ihr am Donnerstag in der Friedrichstadtkirche in Berlin von Bundesministerin Manuela Schwesig feierlich überreicht.

Kriterien bei der Vergabe des Preises waren die Verbindung von kommunalpolitischem mit zivilgesellschaftlichem Engagement und der Einsatz für die Gleichstellung von Männern und Frauen. Die Namensgeberin Helene Weber (1881-1962) gehörte zum Parlamentarischen Rat und setzte sich maßgeblich für die Verankerung des Artikels 3 „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ in das Grundgesetz ein. Sie wird als eine der „Mütter des Grundgesetzes“ bezeichnet. **PM □**

siehe auch Seite 8

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Aboservice:** Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

Senat:

## Baustein um Baustein

Berlins Wohnungsbaupotenziale werden erschlossen

Der Wohnungsbau in Berlin ist in Fahrt gekommen. Mit den im vergangenen Jahr fertiggestellten 8.744 Wohnungen konnte die Zahl um nahezu ein Drittel gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Das Tempo soll weiter beschleunigt werden. Dazu dient auch der Einsatz eines Wohnbauflächen-Informationssystems (WoFIS), das der Verwaltung helfen soll, die Daten von Bauflächen im Blick zu behalten.

„Das im Aufbau befindliche Wohnbauflächen-Informationssystem dient als analytische Grundlage für die Gestaltung der Stadtentwicklungspolitik“, so Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel. „Es ist ein wichtiges Instrument für die Planung und Umsetzung von dringend benötigten Wohnungsbauprojekten. Um vielfältige Daten zu den dafür vorgesehenen Bauflächen bereitstellen zu können, sind nun die erforderlichen rechtlichen Bedingungen gegeben.“

Im Juli 2014 hat der Senat den „Stadtentwicklungsplan Wohnen 2025“ beschlossen, in dem Potenzialflächen für den Bau von rund 215.000 Wohnungen nachgewiesen wurden. Als eine Maßnahme zur Unterstützung der Neubauaktivitäten im Land Berlin wurde der Aufbau eines Wohnbauflächen-Informationssystems festgelegt. Das WoFIS steht voraussichtlich Anfang 2016 als ein zentrales Arbeitsinstrument für die Berliner Senats- und Bezirksverwaltungen zur Verfügung. Es stellt wichtige Informationen zu bebaubaren Flächen bereit und dient als Planungsgrundlage für den Wohnungsneubau sowie die damit verbundene Schaffung der erforderlichen städtischen Infrastruktur.

In enger Abstimmung mit den zwölf Bezirken wurden zahlreiche Flächen erfasst,



Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel. Foto: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

die den „Stadtentwicklungsplan Wohnen 2025“ konkretisieren. Mithilfe eines automatisierten Datenabrufs, der in der Rechtsverordnung geregelt wird, werden für die erfassten Flächen ausgewählte Geodaten des Landes Berlin für eine Nutzung im WoFIS aufbereitet. Den beteiligten Fachämtern werden vielfältige Informationen zur Bestandssituation, zur Infrastrukturversorgung, zum Planungsrecht und zur möglichen Bebauung bereitgestellt.

Während auf privaten Grundstücken in der Stadt eher Eigentumswohnungen und hochpreisige Mietwohnungen entstehen, bieten die landeseigenen Grundstücke die Möglichkeit, Einfluss auf die künftigen Miethöhen zu nehmen. Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel: „Das schärfste Schwert gegen steigende Mieten ist, Wohnungen neu zu bauen und so das Angebot zu erweitern. Natürlich ist es verständlich, dass Anwohner ihre lieb gewonnene Brache nebenan nicht bebaut sehen wollen. Am Ende leiden aber alle unter einer solchen Haltung, weil die Preise schließlich für alle steigen. Das ist eine Frage des Gemeinwohls.“ **BS □**

## Selbstverpflichtung des Senats

Klimaschutzziele werden gesetzlich festgeschrieben

**Der Senat bringt ein Energiewendegesetz (EWG) im Abgeordnetenhaus ein. Der Gesetzentwurf legt konkrete CO<sub>2</sub>-Minderungsziele für Berlin fest und verpflichtet den Senat, entsprechend zu handeln. Gegenüber 1990 soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Jahr 2020 um 40 Prozent reduziert sein, 2030 um 60 Prozent. Bis 2050 soll eine Minderung um 85 Prozent erfolgen und das Ziel der Klimaneutralität erreicht werden.**

Diese Zielmarken entsprechen den Klimaschutzbestrebungen auf internationaler und nationaler Ebene und gehen teilweise über diese hinaus, so der Berliner Se-

nat. Die Klimaziele kommen auch der Stadt selbst zugute - die Umwelt wird entlastet, die Gesundheit geschützt und die Innovationskraft der Berliner Unternehmen gefordert. „Die Machbarkeitsstudie ‚Klimaneutrales Berlin 2050‘ hat gezeigt, dass es möglich ist, das Klimaneutralitätsziel in Berlin zu erreichen“, so Senator Geisel. Mit dem Energiewendegesetz bekomme das Ziel der Klimaneutralität erstmals eine gesetzliche Grundlage. „Gerade beim Klimaschutz benötigen wir neben internationalen und nationalen Vorgaben auch verbindlich festgelegte Ziele auf Landesebene.“ **BS □**

## 13. Juni 1990: Der Mauerabbruch startete

**Es war ein schleichender Abbau. Mit der Öffnung der Grenzübergänge zwischen Ost- und West-Berlin am 9. November 1989 hatte die Mauer ihre Funktion und ihren Schrecken verloren. Tausende erkletterten die Mauerkrone, Hunderttausende machten sich in den folgenden Wochen daran, die Mauer auf der westlichen Seite mit Hammer und Meißel Stück für Stück abzutragen: die „Mauerspechte“. Der eigentliche systematische Abbau der Mauer begann aber erst am 13. Juni 1990 im Wedding.**

Seit November 1989 waren neue zusätzliche Grenzübergänge in der rund 44 Kilometer langen Mauer zwischen den beiden Stadthälften entstanden, etwa an der Eberswalder Straße, an der Puschkinallee, am Potsdamer Platz oder am 22. Dezember am Brandenburger Tor. Hierfür wurden jeweils Mauersegmente entfernt. Am 27. Dezember 1989 wurde von der Modrow-Regierung der vollständige Abbau der Mauer bekanntgegeben. Mit der Vermarktung der weltweit nachgefragten Mauersegmente wurde die



Demontierter Wachturm an der Grenze von Kreuzberg und Mitte 1990. Foto: Horb

DDR-Außenhandelfirma Limex-Bau Export-Import beauftragt. Am symbolträchtigen Abschnitt zwischen Potsdamer Platz und Brandenburger Tor wurden die Mauerteile ab 19. Februar 1990 von DDR-Grenztruppen auf einer Länge von etwa zwei Kilometern entfernt und durch einen Maschendrahtzaun ersetzt. Der vollständige Abbau der Mauer startete am 13. Juni 1990 an der Bernauer- und Ackerstraße zwischen Mitte und Wedding. Die Bernauer Straße, an der sich heute die Gedenkstätte zur Berliner Mauer befindet, war 1961 zum Symbol der Teilung geworden, als sich Bewohner aus den auf Ost-Berliner Seite gelegenen Wohnhäusern auf den West-Berliner Bürgersteig abseilten. **uh □**

## Bildung:

# „Niemand soll ohne Abschluss gehen“

Raed Saleh: Anerkennung für die Leistung der Berliner Berufsschulen

**SPD-Fraktionschef Raed Saleh hat sich mit Leiterinnen und Leitern von Berliner Berufsschulen getroffen. „Die Berufsschulen sind unverzichtbar, denn wir kämpfen beim Thema Ausbildung um jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler“, sagte Saleh. Es muss genau hingeschaut werden, was mit den jungen Menschen passiert.**

Wer nach dem Ende der Schulpflicht ins Nichts fällt und sich erst Jahre später für eine Ausbildung interessiert, hat es sehr schwer. Die Berliner Berufsschulen wollen deshalb rechtzeitig eine Perspektive für einen selbstbestimmten Lebensweg aufzeigen. Sie betreuen nach eigenen Angaben mehr als 80.000 Jugendliche. „Wir haben ein riesiges Angebot und bieten allen die Möglichkeit, den nächsten für sie sinnvollen Schritt zu gehen“, sagt der Leiter der Knobelsdorff-Schule, Hartmut Ott. Ziel ist, dass niemand die Schule ohne Abschluss verlässt.



Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh zu Besuch in der Knobelsdorff-Schule.

Foto: Jürgen Jänen

„Die Berufsschulen sind unsere Partner, damit es nicht zu einer verlorenen Generation kommt, die von Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit geprägt ist“, sagt SPD-Fraktionschef Raed Saleh. Er bekräftigte gegenüber den Schulleitern, dass auch Be-

rufsschulen vom erfolgreichen Berliner Brennpunktschulprogramm profitieren werden, wenn sie entsprechende Kriterien erfüllen. Dafür wird in den kommenden Beratungen zum Landeshaushalt Vorsorge getroffen. Mit den zusätzlichen Mitteln können zum Beispiel Sozialpädagogen eingestellt werden.

Die Berufsschulen wollen auch die Jugendlichen unterstützen, die nach der 10. Klasse nirgendwo ankommen. Schulleiterin Sabine Venke vom OSZ TIEM (Technische Informatik Industrie Elektronik Energie Management) spricht von ihnen als „verborgenen Schatz, den es zu heben gilt“. Wem die Schule zu theorielastig war, der kann an einer Berufsschule seine praktischen Fähigkeiten entfalten. „Wir sind ein Erfolgsmodell“, sagt Hartmut Ott.

SPD-Fraktionschef Raed Saleh betont: „Unser politisches Augenmerk muss genauso auf der beruflichen Ausbildung wie auf der akademischen Ausbildung liegen“.

cs □

## Bundesimmobilien:

## Hoffnung auf Einsicht des Bundes

Dragonerareal: Entscheidung wird im Bundesrat wieder aufgerufen

**Dem Kreuzberger Finanzamt am Mehringdamm sieht man die einstige Funktion als Kaserne noch deutlich an. Dahinter liegt, 47.000 Quadratmeter groß, das Dragonerareal, ein ehemaliger Exerzierplatz, heute von Gewerbebetrieben genutzt. Das Grundstück ist im Bundesbesitz. Den geplanten Verkauf konnte Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen im Bundesrat im Mai vorerst verhindern. Jetzt steht die erneute Abstimmung bevor.**

Das Dragonerareal ist eines der wenigen großen und attraktiven Grundstücke, die es noch in der Stadt gibt. Umso wichtiger ist dem Berliner Senat und den Anwohnern eine sozialverträgliche Planung. Die aber kann es nur geben, wenn auch die bundeseigene Immobiliengesellschaft BImA nicht mehr zum Höchstpreis verkaufen muss, sagt der Pankower SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Mindrup. Er weist auf das Berliner Vorbild.

Hier werden Grundstücke im Landesbesitz inzwischen nicht mehr automatisch an den Höchstbietenden verkauft. Es geht um die besten Konzepte, um günstigen Wohnungsbau, um Räume für soziale und kulturelle Projekte. Auslöser dafür war 2012 der geplante Verkauf eines Grund-



Das Dragonerareal hinter dem Finanzamt Kreuzberg am Mehringdamm.

Foto: Horb

stücks am Spreuefer. Die SPD-Fraktion hielt das Konzept eines Clubbetreibers, heute „Kater Blau“, für das Beste, um das Gebiet zu beleben. Das Beispiel machte Schule: Auch städtische Wohnungsbauvereine erhalten landeseigene Grundstücke, um günstiger bauen zu können. Das bringt der Stadt mehr Nutzen als kurzfristig eine höhere Verkaufseinnahme.

Für das Dragonerareal sollte die BImA 36 Millionen Euro von einem Käufer erhalten, der auch Kunst und Kultur auf dem Gelände verspricht. Doch als der Vertrag unter-

schriftsreif war, war der Verhandlungspartner plötzlich nur noch Minderheitsgesellschafter und die bisherigen Planungen wurden über den Haufen geworfen. Kunst und Kultur spielten keine Rolle mehr.

Ein „Beispiel für eine gesellschaftliche Fehlsteuerung“ nennt Finanzsenator Kollatz-Ahnen den Verkauf an den Meistbietenden. So werde die Schaffung preiswerten Wohnraums „erschwert oder unmöglich“. Und der Bundestagsabgeordnete Klaus Mindrup sieht eine Glaubwürdigkeitslücke: „Zur Mietpreislösung und dem Bündnis für bezahlbares Wohnen steht die Vergabep Praxis der BImA in diametralem Widerspruch.“

Das Land Berlin würde das Dragonerareal ebenso wie die anderen BImA-Liegenschaften gerne zum Verkehrswert übernehmen. Im Bundestag haben die Berliner SPD-Abgeordneten bereits einige Unterstützung organisiert.

Voraussichtlich am 25. Juni kann der Bundesrat nun beim Dragonerareal endgültig für eine Wende sorgen. Klaus Mindrup fordert eine Liegenschaftspolitik des Bundes, „die im besten Sinne sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig“ ist. Spekulative Geschäfte mit Wohnraum seien diesem Ziel abträglich.

U. H. □

## Wirtschaft:

## „Siemens-Standort erhalten“

SPD setzt sich für Erhalt der Arbeitsplätze ein

Bei einem Besuch im Berliner Gasturbinenwerk der Firma Siemens in der vergangenen Woche haben sich der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und die SPD-Abgeordneten Frank Jahnke und Thorsten Karge für den Erhalt der Arbeitsplätze eingesetzt.

„Das Berliner Gasturbinenwerk ist ein wichtiger Industriestandort unserer Stadt“, sagte der Reinickendorfer SPD-Abgeordnete Karge. „Gaskraftwerke sind die Brücke zu den erneuerbaren Energien und somit zu einer positiven Energiewende. Durch ihre schnelle Einsatzfähigkeit sind sie in der Lage Schwankungen, die bei der Erzeugung von Wind- und Solarenergie entstehen können, auszugleichen. Es muss dafür gesorgt werden, dass der Standort erhalten und der geplante Stellenabbau verhindert wird. Eine Kürzung der Stellen und die damit einhergehende Verkleinerung des Standortes kann weitreichende wirtschaftliche Folgen haben.“

Siemens hatte angekündigt an seinem 110 Jahre alten, traditionsreichen Standort in der Moabiter Huttenstraße 500 Stellen abzubauen. Derzeit sind dort 3700 Mitarbeiter beschäftigt. Doch aufgrund der gesunkenen Preise für Kohle geht die Nachfrage nach Gas zurück. Gaskraftwerke sind unwirtschaftlich geworden und Gasturbinen werden vor allem in Europa kaum noch verkauft. Der Preisverfall beläuft sich auf 30%. Die Nachfrage weltweit beträgt



Frank Jahnke, Thorsten Karge und Jan Stöß bei Siemens. Foto: Büro Karge

nur noch ca. 180 Turbinen pro Jahr. Die Folge davon: Siemens fährt sein Geschäft mit den Gasturbinen zurück, was nun vor allem für das Berliner Gasturbinenwerk problematisch wird. Für die nächsten Wochen sind Gespräche zwischen dem Vorstand und dem Betriebsrat angekündigt bezüglich der Zukunft des Werkes. **PM** □

## Spandau:

## Dialog der Religionen mit Ehrhart Körting

Die SPD Spandau lädt am 15. Juni um 19 Uhr zum 13. Dialog der Religionen. Über „Alte Privilegien, neue Herausforderungen: zum Verhältnis von Staat und Religion“ diskutiert u.a. Ehrhart Körting. Ort: Ev. Kirchengemeinde St. Nikolai, Gemeindesaal, Reformationsplatz 8, 13598 Berlin. **BS** □

## Arbeitslosigkeit:

## Niedrigster Stand seit 1991

Mehr sozialversicherungspflichtige Jobs

Die Arbeitslosenzahl lag im Mai bei rund 196.000 Berlinerinnen und Berlinern und erreichte damit den niedrigsten Stand in einem Mai seit 1991.

„Die anhaltend gute Wirtschaftslage Berlins wirkt sich ungebrochen auf den Berliner Arbeitsmarkt aus“, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller. „In unserer Stadt entstehen dank der hohen Attraktivität des Standortes verglichen mit dem gesamten Bund überdurchschnittlich viele neue Jobs. Dem Senat kommt es nach wie vor darauf an, die arbeitslosen Berlinerinnen und Berliner noch stärker am Aufschwung teilhaben zu lassen.“

Die Zahl der Arbeitslosen im Mai 2015 lag gegenüber dem Vorjahresmonat um knapp 8000 niedriger. Die Arbeitslosenquote in Berlin ist im Mai um 0,2 Prozent auf 10,8 Prozent gesunken. Gleichzeitig bleibt die Zahl der zusätzlichen sozialversicherungs-

pflchtigen Arbeitsplätze auf hohem Niveau. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl um knapp 40.000 an. Das entspricht einem Zuwachs von 3,1 Prozent (Bund 1,8 Prozent).

„Wir rechnen damit, dass wir im Jahresdurchschnitt 2015 die Zahl von 200.000 Arbeitslosen unterschreiten werden“, erklärte Arbeitssenatorin Dilek Kolat. „Das ist natürlich ein großer Erfolg, dennoch wird sich der Senat nicht auf diesem Erfolg ausruhen. Jeder Arbeitslose in dieser Stadt ist einer zu viel.“ Die Arbeitslosenquote liegt jetzt bei 10,8 Prozent. Hier verstetigt sich, dass das Land Berlin im Vergleich mit den anderen Bundesländern die „rote Laterne“ dauerhaft abgegeben hat. Auch die Quote der jugendlichen Arbeitslosen ist weiter gesunken und liegt mit 9,9 Prozent leicht unter der BerlinArbeit-Zielmarke von 10 Prozent. **BS** □

## Wilmsdorf:

## Sommerfest der Freien Volksbühne

Die Freie Volksbühne Berlin e.V. feiert am heutigen Sonnabend ab 16.00 Uhr ihr großes Sommerfest und zugleich ihr 125jähriges Bestehen. Von 16.00 Uhr bis 22.00 Uhr ist ein abwechslungsreiches Programm mit Auszügen aus den aktuellen Inszenierungen der Opernhäuser, Theater und Orchester sowie Jubiläumsständchen beliebter Künstler geplant. Gegen 18 Uhr wird der Regierende Bürgermeister Michael Müller erwartet.

➔ Freie Volksbühne Berlin, Ruhrstraße 6, 10709 Berlin

## Wedding:

## Lange Nacht im Sprengel-Kiez

Der Kiez rund um das Kurt-Schumacher-Haus lädt am Freitag, dem 19. Juni ab 18 Uhr zur 1. Langen Nacht im Sprengel-Kiez. Das August Bebel Institut beteiligt sich mit einem Programm rund um „Kultur - Stadt - Politik“ und öffnet die Galerie.

Das Programm bietet in der Zeit von 18-24 Uhr im fliegenden Wechsel jede Stunde Vorträge, Diskussionen, Filme, eine Lesung und Live-Musik.

Um 18 Uhr begrüßt Eva Högl, Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Programmbeirats des ABI. Anschließend geht es um die Frage „Wie war der Rote Wedding? Politik im Kiez vor 1945“ mit Hans-Rainer Sandvoß, Historiker, viele Jahre stellv. Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Autor des Buchs „Die andere Reichshauptstadt“.

Bei der Lesung „Schon da“ um 19 Uhr erzählt die Mörderische Schwester Martina Arnold pechschwarze Geschichten um neue und alte Kiezbewohner\*innen ... und warum manche hier nicht alt werden.

Die Ereignisse im „Taksim Gezi-Park 2013“ stehen im Mittelpunkt des Films und Gesprächs mit Dennis Kupfer, Journalist und Aktivist der Berliner Taksim-Initiative um 20 Uhr. Der Liedermacher, Dichter und virtuose Gitarrkünstler Nicolas Miquea gibt um 21 Uhr ein Konzert.

Eine nächtliche Lecture „Gentrifizierung - nächster Halt Wedding?“ von Dr. Andrej Holm, Stadtsoziologe der HU-Berlin lädt um 22 Uhr zur Diskussion, an der sich auch der Landesvorsitzende der Berliner SPD Jan Stöß beteiligen wird.

Zum Abschluss gibt es ein Konzert der grandiosen ÖzÖz mit Cosmopolitan Soul Music, mit Gesang und Klavier. **PM** □

➔ 19. Juni, ab 18 Uhr, August Bebel Institut, Galerie, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

## FRAKTION INTERN

**Unterstützung für Brennpunktschulen.** Das erfolgreiche Brennpunktschulprogramm wird ausgeweitet. Insgesamt 246 Berliner Schulen mit über 96.000 Schülerinnen und Schülern können nun davon profitieren. SPD-Fraktionschef Raed Saleh und Bildungssenatorin Sandra Scheeres haben bei ihrem Besuch in der Mildred-Harnack-Schule in Lichtenberg Zahlen und Fakten vorgestellt. Die Mildred-Harnack-Sekundarschule ist eine von 28 Berliner Schulen, die neu in das Bonus-Programm aufgenommen werden. Schulen mit hoher sozialer Belastung bekommen bis zu 100.000 Euro im Jahr und können selbst entscheiden, wo das Geld am besten eingesetzt wird. Die Mittel können zum Beispiel für Sozialpädagogen, Anti-Gewalt-Trainer oder Sprachmittler verwendet werden.

**Viele bunte Stadtteiltage im Juni.** Die SPD-Abgeordneten schwärmen zu zahlreichen Stadtteiltagen in die Berliner Kieze aus: Thomas Isenberg lädt zu den Stadtteiltagen Tiergarten vom 15.06.-21.06. ein, am 18.06. folgen Ralf Wieland in Mitte und Irene Köhne in Lichterfelde-Süd. Am 19.06. sind unterwegs: Raed Saleh in der Spandauer Neustadt, Erol Özkaraca in Nord-Neukölln, Karin Halsch in Falkenberg/Malchow, Frédéric Verrycken in Charlottenburg-Nord und Robert Schaddach in Köpenick. Ülker Radziwills Charlottenburger Stadtteiltage finden am 19.06., 22.06. und 24.06. statt. Joschka Langenbrinck lädt am 24.06. nach Britz/Köllnische Heide ein, Rainer-Michael Lehmann nach Französisch-Buchholz, Karow und Buch. Brigitte Lange ist am 26.06. in Hermsdorf/Frohnau vor Ort, Iris Spranger in Mahlsdorf/Kaulsdorf-Süd sowie Kirsten Flesch in Nord-Neukölln. Am 29.06. finden der Steglitzer Stadtteiltag von Andreas Kugler und der Tempelhof-Schöneberger Stadtteiltag von Michael Müller statt. Burgunde Grosse veranstaltet vom 30.06.-02.07. Staakener Stadtteiltage.

**Sprecherkonferenz in Berlin.** Die Sprecherinnen und Sprecher für Hochschule, Wissenschaft und Forschung der SPD-Fraktionen in Bund, Ländern und Europa haben sich in Berlin getroffen. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Abgeordnetenhausfraktion, Lars Oberg, sagt: „Der Pakt für den Nachwuchs, die Förderung von Studierendenwohnungen und die Einführung einer echten Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung der Hochschulen sollten unserer festen Auffassung nach in den nächsten Jahren das Wissenschaftssystem neu beleben. Wir setzen uns weiter ein für gute Studienbedingungen und einen international wettbewerbsfähigen Wissenschaftsstandort Deutschland.“ **cs** □

Selbst Aktiv:

# Wie inklusiv ist die SPD?

Diskussion über die barrierefreie Partei

**Wo verhindern Barrieren die Beteiligung an Abteilungsversammlungen, bei Arbeitsgemeinschaften oder Fachausschüssen? Wie lassen sich diese Barrieren frühzeitig erkennen und beseitigen? Am 3. Juni hatten die AG Selbst Aktiv, die Jusos Mitte und die Berliner SPD zu einem ersten Gedankenaustausch über diese Fragen eingeladen. Schnell stellte sich aber heraus, dass die Teilnahme an Parteiveranstaltungen oft schon im Vorfeld scheitert an Verkehrsproblemen.**

So klagten vor allem Rollstuhlfahrer über erhebliche Schwierigkeiten: Immer wieder stoßen sie auf nicht behindertengerechte Straßenbahnen, auf überfüllte Busse, ungünstig gelegene Fahrstühle oder Probleme mit dem Sonderfahrdienst. SPD-Landesgeschäftsführer Dennis Buchner versprach, die Hinweise an die Verkehrspolitik der Fraktion weiterzugeben und mit ihnen zusammen eine gesonderte Gesprächsrunde zu organisieren.

Die SPD, die für Teilhabe und Partizipation kämpfe, sei in besonderer Weise verpflichtet, allen ihren Mitgliedern einen barrierefreien Zugang zu ermöglichen, so Buchner. Mitunter aber würden Barrieren gar nicht als solche erkannt. Der Erfahrungsaustausch sollte daher auch der Sensibilisierung dienen. Erste Erfolge gibt es bereits: Dennis Buchner wies auf die Handreichung des SPD-Parteivorstandes zur Barrierefreiheit hin, die gerade erschienen ist. Sie enthält auch Checklisten zur Veranstaltungsplanung. Und die Berliner SPD bietet auf ihrer Internetseite bereits seit längerem die Möglichkeit, sich Texte vorlesen zu lassen.

Jede Behinderung sei anders, die Bedarfslage müsse im Einzelfall geklärt werden, stellte Juliane Binder, stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv fest. Mit einem Fragebogen hatte die AG vor einem Jahr bereits die Erfahrungen zur Barrierefreiheit in der Partei abgefragt.

Die Jusos Mitte sind über die Frage, warum es bei ihnen keine Mitglieder mit Behinderung gibt, auf das Thema aufmerksam geworden, berichtete Anke Küpper, stellvertretende Juso-Kreisvorsitzende. „Wir haben uns gefragt: Haben wir die falsche Willkommenskultur?“ Jetzt prüfen sie gemeinsam mit der AG Selbst Aktiv, was an Rahmenbedingungen verbessert werden muss. Gemeinsam haben sie zuletzt auch eine Aufführung des Theaters Ramba Zamba besucht, bei dem behinderte und nicht behinderte Künstlerinnen



Diskussionsrunde zur Barrierefreiheit in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus. Foto:Horb

und Künstler gemeinsam kreative Projekte entwickeln.

Manche Anregung aus der Runde lässt sich ganz ohne Zusatzkosten verwirklichen. So etwa der rechtzeitige Versand von Einladungen, denn die Reservierung beim Sonderfahrdienst müssen RollstuhlfahrerInnen rund vierzehn Tage vor dem Termin beantragen. Oder auch der Blick darauf, dass das Buffet beim Abteilungs-Sommerfest auch für Rollstuhlfahrer erreichbar ist. An das Willy-Brandt-Haus wird die Anregung weitergegeben, für Ausstellungsbesucher einen Rollator bereit zu stellen.

Viele Veranstaltungsräume und auch etliche Bürgerbüros sind nicht barrierefrei. Hier müssten Rampen angeschafft werden, mit denen sich zumindest zwei Stufen überwinden lassen. Um Gehörlosen eine bessere Teilhabe zu ermöglichen, ist der Einsatz von GebärdendolmetscherInnen nötig, deren Finanzierung allerdings eine Abteilung schnell überfordern könnte. Dennis Buchner warb dafür, entsprechende Regelungen in das Bundesteilhabegesetz aufzunehmen, um auch ein regelmäßiges Engagement in Bürgerinitiativen, Vereinen und Parteien zu ermöglichen. Es sei „noch viel mehr Barrierefreiheit möglich, als viele glauben“, so einer der Diskussteilnehmer.

Künftig soll es selbstverständlich sein, barrierefreie Räume zu kennzeichnen oder zusätzlichen Assistenzbedarf abzufragen. Angeregt wurde zudem, in den Abteilungen und Kreisen Ansprechpartner für die Belange Behinderter zu haben.

Juliane Binder erinnerte zum Schluss an die Bedeutung des Namens der Arbeitsgemeinschaft „Selbst aktiv“. Es gehe nicht darum, Wunschlisten zu verfassen und darauf zu warten, dass ein Vorstand sie umsetze. „In der SPD muss jeder selbst aktiv werden, um seine Ziele durchzusetzen“, sagte sie. **uh** □

# Ideen sammeln mit bunten Nadeln

## Nachbarschaftsaktion der SPD „Am Südstern“

„Wo drückt der Schuh?“, wollten die Mitglieder der SPD „Am Südstern“ am 30. Mai in Kreuzberg wissen. Anlass war der Europäische Nachbarschaftstag, an dem SPD-Gruppen deutschlandweit dazu aufgerufen waren, im Rahmen der „Nachbarschaftskampagne“ eine besondere Aktion zu starten. „Wir hatten eine Karte vom Kiez dabei, auf der die Leute mit farbigen Pins markieren konnten, wo sie etwas besonders schön finden und wo etwas verbessert werden müsste“, erklärt die Abteilungsleiterin Anja Möbus die Idee der Südstern-SPD.

Und es klappte: „Die Karte war ein toller Türöffner, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.“ Besonderes Lob in Form grüner Pins erhielten der Wochenmarkt am U-Bahnhof „Südstern“ und die Initiative von SPD-Stadtrat Peter Beckers, die Gastronomie im Graefekiez für eine gesunde Mischung von Wohnen, Handel und Restaurants einzuschränken.



Anja Möbus und Sebastian Hübers bei der Straßenumfrage mit Karte und Pins.  
Foto: Mehmet Özaltan

Aber es gab auch Kritik, die mit roten Pins auf der Karte markiert wurde: So wurde bemängelt, dass sich Autofahrer häufig nicht an die Verkehrsberuhigung vor Schulen und Kitas hielten, es zu wenig Müllcontainer gebe und die Grünflächen in Kreuzberg besser gepflegt werden müssten. „Das größte Aufregerthema waren aber einmal mehr die steigenden Mieten“, fasst Anja Möbus zusammen.

Und was passiert nun mit den Anregun-

gen, die die SPD auf ihrer Karte gesammelt hat? „Die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger wollen wir in kommunalpolitischen Anträgen in der Bezirksverordnetenversammlung aufgreifen“, kündigt Möbus an. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bezirksparlament. Und auch in das Programm für die Kommunalwahl im kommenden Jahr sollen die gesammelten Anregungen einfließen.

Kai Doering □

**Die Mitglieder der Berliner SPD sind aufgerufen, an der Entwicklung des Wahlprogramms 2016 mitzuwirken. In Fachausschüssen und Arbeitsgemeinschaften wurden bereits erste Papiere beschlossen, weitere werden bis zur Sommerpause folgen. In der kommenden Woche findet nun die erste von fünf Programmkonferenzen statt.**

Auf ihnen diskutiert die Berliner SPD die Themen, die Ende vergangenen Jahres bei einer Befragung der Mitglieder als wichtigste identifiziert wurden. „Auf allen Programmkonferenzen werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch Thesen und Programmsätze bewerten und gewichten und so wichtige Anhaltspunkte an die Steuerungsgruppe für das Wahlprogramm unter der Leitung von Christian Gaebler weiterleiten, die den ersten Textentwurf für das Programm bis Anfang 2016 erarbeiten wird“, so Landesgeschäftsführer Dennis Buchner. Die Termine der Programmkonferenzen im Überblick:

**„Berlin. Stadt der Vielfalt. Aufstieg gestalten.“**

Termin: Mittwoch, 17.06.2015, 18.00 Uhr/ Einlass 17.30 Uhr, Rütli Campus, Quartierssperthalle, Rütlistraße 41-45, 12045 Berlin

u.a. mit Raed Saleh, Vorsitzender der SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen



## Auf dem Weg zum Wahlprogramm 2016

Informationen und Anmeldelink:  
[www.spd.berlin/pk-stadt-der-vielfalt](http://www.spd.berlin/pk-stadt-der-vielfalt)

**„Soziales Berlin. Sicheres Berlin.“**

Termin: Mittwoch, 08.07.2015, 18.00 Uhr/ Einlass 17.30 Uhr, Park Inn Hotel, Alexanderplatz 7, 10178 Berlin

u.a. mit Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin, Boris Pistorius, SPD Innenminister Niedersachsen

Informationen und Anmeldelink:  
[www.spd.berlin/pk-soziales-sicheres-berlin](http://www.spd.berlin/pk-soziales-sicheres-berlin)

**„Berlin. Stadt der Arbeit.“**

Termin: Mittwoch, 16.09.2015, 19.00 Uhr/ Einlass 18.30 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin

u.a. mit Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin, Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen

Informationen und Anmeldelink:

[www.spd.berlin/pk-stadt-der-arbeit](http://www.spd.berlin/pk-stadt-der-arbeit)

**„Gut Leben in der wachsenden Stadt.“**

Termin: Montag, 21.09.2015, 20 Uhr/ Einlass 19.30 Uhr, Hotel MOA Berlin, Stephanstr. 41, 10559 Berlin

u.a. mit Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin, Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt

Informationen und Anmeldelink:  
[www.spd.berlin/pk-gut-leben-in-der-wachsenden-stadt](http://www.spd.berlin/pk-gut-leben-in-der-wachsenden-stadt)

**„Bildung für Berlin. Eine Stadt für Alle.“**

Termin: Mittwoch, 07.10.2015, 18.30 Uhr/ Einlass 18.00 Uhr, TU Lichthof, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin

u.a. mit Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin, Sandra Scheeres, Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft

Informationen und Anmeldelink:  
[www.spd.berlin/pk-bildung-fuer-berlin](http://www.spd.berlin/pk-bildung-fuer-berlin)

Anmeldungen sind auch telefonisch unter 030.4692-222 möglich. Alle Veranstaltungsorte sind barrierefrei. Weiterer Unterstützungsbedarf kann unter 4692 222 angemeldet werden. Weitere Informationen gibt es im Internet unter [www.spd.berlin/programm2016](http://www.spd.berlin/programm2016)

Mentoring:

# „Politische Prozesse besser verstehen“

„Macht Vielfalt“: Das Programm der Landesarbeitsgemeinschaft Migration & Vielfalt

Die Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt der SPD Berlin hat im letzten Herbst ein Mentoringprogramm mit dem Titel „Macht Vielfalt!“ gestartet. Beispielhaft für die über zwanzig Mentoringteams stellt sich hier mit Alev und Farisa ein Mentoringteam aus Berlin-Mitte vor.

**Berliner Stimme:** Was hat Dich, Farisa, bewogen, Dich im vergangenen Herbst im Mentoringprogramm „Macht Vielfalt“ der LAG Migration und Vielfalt der SPD Berlin anzumelden und für einen Platz im Programm zu bewerben?

**Farisa:** Politik bedeutet für mich, nicht nur von einer Idee überzeugt zu sein und sich dafür einzusetzen, sondern auch durch Debatten und politische Konsensprozesse seine Ideen zu erweitern. Ich habe mich für das Mentoringprogramm beworben, weil ich mehr über die politische Praxis lernen wollte, von Menschen, die sehr viel Erfahrung in diesem Feld mitbringen.

**Berliner Stimme:** Alev, was war Deine Motivation mitzumachen?

**Alev:** Farisa hat mich überzeugt, dass ich daran teilnehmen muss - eigentlich hat sie mich ausgesucht! Ich hatte große Bedenken, ob ich überhaupt Zeit für sie haben würde. Sie hat dafür gekämpft, in das Programm reinzukommen und dass ich ihre Mentorin werde.

**Berliner Stimme:** Was waren Deine Erwartungen, Farisa?

**Farisa:** Ich erhoffte mir von dem Mentoringprogramm, politische Prozesse besser zu verstehen und weitere engagierte Leute zu treffen und so auch das persönliche Netzwerk zu erweitern.

**Berliner Stimme:** Wie verlief Euer erstes Treffen?

**Farisa:** Learning by doing. Ich unterstützte Alev bei einer großen Veranstaltung, die sie durchführte.

**Alev:** Ich sagte: „Hallo Farisa, Du musst mir helfen! Du kriegst das schon hin.“ Und in der Tat, sie war eine tolle Moderatorin und ich war ganz schön stolz auf sie!

**Berliner Stimme:** Farisa, wie konnte Deine Mentorin Dich dabei unterstützen, Deine Ziele zu erreichen?

**Farisa:** Eine Eigenschaft, die ich an Alev unglaublich schätze, ist ihr Glaube an Menschen und deren Fähigkeiten. Obwohl Alev viel mehr Lebens- und Arbeitserfahrung hat, glaubt sie immer, dass ich das alles gut hinkriege. Diese Motivation hilft mir meine Ziele zu erreichen.

**Berliner Stimme:** Was waren bisher Deine wichtigsten Erkenntnisse im Mentoringprogramm?



Mentoringteam Alev und Farisa.

Foto: AG Migration & Vielfalt

## „Die Vielfalt sichtbarer machen“

**Ziel des Programms der AG Migration & Vielfalt ist es, innerhalb der SPD die gesellschaftliche Vielfalt mit Blick auf den sogenannten Migrationshintergrund auch bei der Auswahl von Funktions- und Mandatsträgerinnen und -trägern sichtbar zu machen. Das von der SPD programmatisch unterstützte Bekenntnis zur Vielfalt soll sich so auch in ihren eigenen Strukturen angemessen widerspiegeln.**

Das Konzept dieses Mentoringprogramms weicht dabei von der klassischen Tandemvariante „Mentor-Mentee“ insoweit ab, als dass dem Tandem noch ein Co-Mentor aus dem AG-Landesvorstand zur Seite gestellt wird. Da viele der teilnehmenden Mentorinnen und Mentoren durch ihre (politische) Tätigkeit oft stark zeitlich beansprucht sind, ermöglicht dies dennoch eine adäquate Betreuung des Mentees. Neben der direkten Betreuung durch ihr Mentoringteam absolvieren die Mentees ein vielseitiges Programm, zu dem gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Neumitgliedern gehören, beispielsweise Seminare zur sozialdemokratischen Einwanderungspolitik, zu Antragsberatungen oder Rhetorik, aber auch Stammtische und eine Exkursion. Die Mentees haben außerdem in Eigeninitiative ein neues Projekt zur SPD-Europapolitik gestartet, an dem sie nun arbeiten.

**Farisa:** Mit Alev zusammen konnte ich viele Einblicke in die lokale Politik in Berlin bekommen. Die wichtigste Erkenntnis ist bislang, dass Demokratie im Kleinen beginnt und man/frau immer am Ball bleiben muss, um etwas zu schaffen.

**Berliner Stimme:** Und wie war die Kooperation für Dich, Alev? Hast Du das Gefühl, dass Du durch Deine Mentoren-Position auch etwas „mitgenommen“ hast?

**Alev:** Es hat wahnsinnig viel Spaß gemacht, mit Farisa zusammenzuarbeiten. Ich würde sagen, dass sich sogar eine Freundschaft zwischen uns entwickelt hat. Und natürlich ist ein solches Programm immer mit gegenseitigem Lernen verbunden. Sie ist fachlich sehr gut ausgebildet und wir haben viel diskutiert. Farisa hat eine andere Herangehensweise an Dinge. Dies hat auch mir geholfen, Sachen immer wieder aus einer anderen Perspektive zu betrachten.

Interview: Roland Hergesell □

## Mehr Mentoring...

**Mentoringprogramme gibt es auch in einigen Kreisen und bei verschiedenen Arbeitsgemeinschaften. So hat die ASF Friedrichshain-Kreuzberg ein Programm aufgelegt, an dem erstmals auch Nicht-Mitglieder teilnehmen (siehe Berliner Stimme 6/2015). Auch die ASF Lichtenberg hat ein solches Programm entwickelt.**

Ziel ist es, den Anteil von Frauen an der politischen Arbeit und in der Mitgliedschaft der Berliner SPD zu erhöhen. Mit dem Mentoring-Programm sollen Frauen für die aktive SPD-Arbeit gewonnen werden. Gleichzeitig „soll ein Signal an alle weiblichen SPD-Mitglieder aus Lichtenberg gesendet werden, dass ihr Engagement ausdrücklich erwünscht ist und es soll zum Bewusstsein in der SPD Lichtenberg beigetragen werden, dass es notwendig ist, weibliche Mitglieder stärker anzusprechen und einzubinden“.

Das Mentoring-Programm wendet sich an die weiblichen Mitglieder im Kreis, zwölf von ihnen wird zwischen September und Dezember die Möglichkeit gegeben, die Parteistrukturen näher kennenzulernen. MentorInnen und Mentees treffen sich mindestens einmal im Monat, auf dem Programm stehen ein Rhetorik-Kurs, der gemeinsame Besuch einer Kreisdelegiertenversammlung und eine landespolitische Begegnung.

Auskunft über künftige Mentoring-Programme geben die Kreisbüros. **BS □**



Pflege:

# „Auftrag an die Landespolitik“

Mechthild Rawert: Berliner Pflegefachkräfte wollen die Pflegekammer

**In der vorigen Ausgabe warb Ülker Radziwill für die Schaffung eines Pflege-Berufsverbandes als Interessenvertretung, in dieser Ausgabe erläutert die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, warum sie für eine Pflegekammer eintritt.**

„Sind Sie persönlich für die Einrichtung einer Pflegekammer in Berlin?“ - 58,8% der Berliner Pflegefachkräfte antworteten mit „Ja“. Dieses klare Votum für die Einrichtung der Pflegekammer ist ein eindeutiger Auftrag an die Berliner Landespolitik.

Das Thema Pflege gehört für die meisten Berliner und Berlinerinnen längst zum Alltag. Ohne die größte Gruppe im Gesundheitswesen, die beruflich Pflegenden, werden wir die Herausforderungen einer guten Pflege für alle nicht bewältigen. Fakt ist: Neben besseren Arbeitsbedingungen und einer leistungsgerechteren Bezahlung wollen Pflegefachkräfte auf der Grundlage von Pflegewissenschaft und -forschung „auf Augenhöhe“ mit anderen Akteuren im Gesundheitswesen agieren.

SELBSTBESTIMMUNG STATT  
FREMDBESTIMMUNG

Zur beruflichen Autonomie der drei Heilberufe Gesundheits- und KrankenpflegerIn, Gesundheits- und KinderkrankenpflegerIn sowie der AltenpflegerIn gehört die Selbstbestimmung über die Aufgaben, Handlungs- und Entscheidungskompetenzen der Berufe. Eine Pflegekammer stärkt aufgrund ihres Rechtsstatus, ihrer finanziellen und damit auch personellen Ausstattung die Möglichkeit, in der Berufs- und Gesundheitspolitik wirkmächtig Einfluss zu nehmen. Mit der Pflegekammer erhalten die professionell Pflegenden erstmals die Möglichkeit, die Art und Weise ihrer Arbeit, die Qualifikation und Zusatzqualifika-



Mechthild Rawert.

Foto: SPD Berlin

tionen ihres Berufsbildes, ihre Berufsordnung und deren Einhaltung selbst zu bestimmen.

Voraussetzung für diese Gestaltung der pflegerischen Versorgungsqualität ist - auch im Interesse der Sicherheit von Pflegebedürftigen und Patientinnen und Patienten - in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen als auch Kliniken eine finanzielle Unabhängigkeit. Dafür gibt es den in allen Kammern üblichen Pflichtbeitrag. Näheres regelt eine eigene Beitragsordnung.

ERFOLGREICHE VORBILDER ZUR  
ERRICHTUNG VON  
PFLEGEKAMMERN

Das Streben nach beruflicher Selbstverwaltung ist bundes- und berlinweit unüberhörbar, u.a.: Das rot-grün regierte Rheinland-Pfalz hat ein neues Heilberufsgesetz beschlossen, wonach die Pflegekammer als sechste Heilberufskammer „auf Augenhöhe“ neben z.B. der Ärzte-, Apotheker- und Psychotherapeutenkammer agieren soll. Im rot-grün-SSW regierten Schleswig-Holstein erfolgt der Gesetzbeschluss nach umfangreichen Anhörungen voraus-

sichtlich im Juli 2015. Das rot-grün regierte Niedersachsen bereitet einen Gesetzentwurf vor und im grün-rot regierten Baden-Württemberg stößt die zuständige Ministerin (SPD) einen Beteiligungsprozess an mit dem Ziel, die Selbstverwaltung der Pflegeberufe zu errichten.

Das Ergebnis der repräsentativen „Studie zur Akzeptanz einer Pflegekammer im Land Berlin“ unter den aktuell versicherungspflichtig tätigen examinierten Pflegefachkräften ist eine klare Botschaft an die Berliner Landespolitik. Die Berliner Pflegefachkräfte wollen eine Pflegekammer: 58,8% der Befragten sprachen sich dafür, 17,1% dagegen aus. 13,8% wollten oder konnten es nicht beurteilen. Für 4,5% ist es egal und 5,8% verweigerten eine Angabe. Die größte Zustimmung gab es mit 62,2% bei den KrankenpflegerInnen. Von den Kinderkrankenpflegekräften wollen 52,1% eine Standesorganisation und in der Altenpflege 49,8%. In jedem Beruf wurde mehrheitlich für die Pflegekammer gestimmt.

GEFRAGT IST DAS BERLINER  
ABGEORDNETENHAUS

Es ist jetzt Aufgabe der Berliner Politik, die Angehörigen der Pflegeberufe in das Berliner Kammergesetz aufzunehmen. Dieses ist die Grundlage für die demokratisch legitimierte Struktur und Organisation der Kammern als Körperschaft öffentlichen Rechts.

In der zu erstellenden Satzung können Regelungen zur freiwilligen Mitgliedschaft von z.B. Pflegehelfer- und von Pflegeassistentenberufen sowie von Auszubildenden getroffen werden. Nehmen wir die Pflege ernst, folgen wir ihrem klaren Votum. Stärken wir den Dreiklang Gewerkschaft, Berufsverband und Pflegekammer.

Mechthild Rawert □

## Was sagt die Befragung der Pflegekräfte aus?

Anhörung im Abgeordnetenhaus soll Klarheit bringen

**Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales des Abgeordnetenhauses wird am 15. Juni ab 12 Uhr in einer öffentlichen Sitzung über die „Ergebnisse und Bewertungen der auf freiwilliger Basis beruhenden Befragung der Pflegenden zur Pflegekammer in Berlin“ beraten.**

Für eine Zwangsmitgliedschaft in der Kammer hat sich in der Befragung keine Mehrheit unter Alten- und ambulanten Pflegern gefunden. Die Pflegefachkräfte in Krankenhäusern haben mehrheitlich

dafür votiert. Die vielen Pflegehilfskräfte wurden gar nicht gefragt.

Zur Zwangsmitgliedschaft gehören Zwangsbeiträge. Nur zwei Drittel der Befürworter sind bereit, bis zu 10 Euro monatlich zu bezahlen, nur jeder Zehnte mehr als 11 Euro. Mitgliedsbeiträge unter 10 Euro decken voraussichtlich die Kosten nicht. Da einer Kammer als Standesorganisation des öffentlichen Rechts alle Pflegefachkräfte beitreten müssen, sollten auch alle Pflegekräfte die Chance zur Abstimmung bekom-

men. Zu welcher unterschiedlichen Ergebnissen Studien kommen können, zeigt das Beispiel Hamburg, wo in einer ersten freiwilligen Befragung 86% für eine Pflegekammer stimmten, in einer zweiten repräsentativen nur noch 36%.

Beeinflusst die Art der Befragung das Ergebnis? Am 15.06. beleuchtet der Ausschuss die Befragung und hört Experten an.

Ülker Radziwill □

➡ 15. Juni, 12 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311

Gesundheit:

# Mehr Patientenrechte

## Qualität der gesundheitlichen Versorgung wird gesichert

Ein Meilenstein der Koalitionsarbeit ist geschafft: Das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz (GKV-VSG) wird laut der Tagesordnung für das Plenum am 11. Juni vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Die Koalition beschließt damit wesentliche strukturelle Verbesserungen in der gesundheitlichen Versorgung und stellt ihre Qualität auch in Zukunft sicher. Zugleich verkörpert das GKV-VSG ein gutes Stück sozialdemokratischer Gesundheitspolitik und gestaltet Versorgungszugänge sozial gerechter. Nach unzähligen intensiven Arbeitssitzungen konnte die SPD wichtige Forderungen durchsetzen.

„Eine gute medizinische Versorgung darf keine Frage des Wohnortes sein“, sagt Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete von Tempelhof-Schöneberg. „Nach dem Reformstau der letzten schwarz-gelben Legislatur sind unsere Vorhaben sehr ambitioniert. Gefühlt haben wir bei diesem Gesetz die meisten Änderungsanträge, die wir je bei einem Gesundheitsgesetz hatten. Wir werden Über- und Unterversorgung abbauen und Patientenrechte stärken.“

### ABBAU VON ÜBER- UND UNTERVERSORGUNG

Sozial benachteiligte Menschen leben oft in sozialen Brennpunkten und sind schon alleine wegen ihres Wohnortes beim Zugang zu medizinischer Versorgung benachteiligt. Auch in ländlichen Regionen lassen sich zu wenige Ärzte nieder. Demgegenüber steht eine Überversorgung in anderen Regionen - wie die schon sprichwörtliche Überversorgung mit Hausärztinnen und Hausärzten am Starnberger See in Bayern. Das GKV-VSG enthält eine Reihe von neuen Regelungen, die dieses Ungleichgewicht ausgleichen. Unter anderem werden Kassenärztliche Vereinigungen vor Ort leichter die Möglichkeit haben, Strukturfonds einzurichten, mit denen Niederlassungen befördert werden können. Praxen in überversorgten Gebieten sollen nur nachbesetzt werden, wenn es für die Versorgung sinnvoll ist. Für junge Ärztinnen und Ärzte wird es verstärkte Anreize geben, sich in unterversorgten Gebieten niederzulassen.

Die SPD konnte eine Verbesserung der Bedarfsplanung durchsetzen. Der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) erhält den Auftrag, eine neue Bedarfsrichtlinie auf der Grundlage des tatsächlichen Versorgungsbedarfs zu erstellen. Damit werden in Zukunft auch die Sozialstruktur und die Häufigkeit von Krankheiten in die Bedarfspla-



Gute Gesundheitsversorgung ist ein Anliegen auch der Beschäftigten an der Berliner Charité.

Foto: Horb

nung einbezogen - für mehr Bedarfsgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit.

### STÄRKUNG DER PATIENTENRECHTE

Weitere wichtige neue Regelungen des GKV-VSG sind der Anspruch der Patientinnen und Patienten auf ein Zweitmeinungsverfahren und die Einrichtung von Terminservicestellen zur Verkürzung der Wartezeiten. Das Zweitmeinungsverfahren schützt vor nicht notwendigen medizinischen Eingriffen. Mit den Terminservicestellen besteht ab Anfang 2016 ein Anspruch auf einen Facharzttermin innerhalb von vier Wochen. Auch der Zugang zu psychotherapeutischer Versorgung wird in Zukunft schneller möglich sein.

### STÄRKUNG DER RECHTE IN DER PFLEGE

Das neue Gesetz stärkt auch die Rechte in der Pflege. So schließt es Versorgungslücken im Entlassmanagement der Krankenhäuser. Patientinnen und Patienten mit Pflegebedürftigkeit erhalten einen entsprechenden Leistungsanspruch gegenüber der Pflegekasse. Auf Drängen der SPD gibt es die neue Leistung einer pflegerischen Übergangsvorsorge (analog zur Kurzzeitpflege). Diese wird im Rahmen der Krankenhausreform zum Jahreswechsel umgesetzt. Interessen und Bedürfnisse der Pflegeberufe und der Angehörigen der Pflegebedürftigen werden zudem in Zukunft stärker bei den Entscheidungen des MDK berücksichtigt. Ihre Vertreterinnen und Vertreter werden durch einen Expertenbeirat einbezogen.

S. H. □

Verbraucherschutz:

## Ratgeber zum Umgang mit Zeit und Geld

Im Berliner Abgeordnetenhaus war Jutta Hertlein einige Jahre lang verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, bei der Stiftung Warentest arbeitete sie über Jahrzehnte als Redakteurin. Jetzt hat sie auf 48 Seiten ihre verbraucherpolitischen Erfahrungen zusammengefasst und unter dem Titel „Alltag im Griff“ als Broschüre veröffentlicht.

„Vernünftiger umweltschonender Umgang mit allen Ressourcen zieht sich als Grundgedanke durch alle Kapitel. Daraus ergeben sich auch Hinweise für die häufig vorkommende Lebenslage, dass Zeit, Geld oder beides knapp sind“, schreibt sie im Vorwort,

Dem Thema Geld ist ein Viertel der Broschüre gewidmet. Dabei geht es um eine Bestandsaufnahme der Fixkosten, um Einsparpotentiale zu erkennen, um Vorsorge und Versicherungen, aber auch um viele praktische Tipps, um Ausgaben zu reduzieren. Jutta Hertlein erläutert Grundprinzipien der Zeiteinteilung. Oft lasse sich aber auch durch Umräumen Zeit sparen, so ihr Rat. Und manche Hektik sei wohl auch selbst verschuldet.

Jenseits von Geschmacksfragen hat sie Einrichtungstipps für die praktische Küche oder die funktionale Beleuchtung zusammengestellt, gibt Tipps für den Gebrauch von Waschmaschine und Geschirrspüler und den Umgang mit Putzmitteln. Ein eigener Abschnitt ist dem Thema Essen gewidmet, der Lagerung von Speisen ebenso wie dem Umgang mit Mindesthaltbarkeitsdaten. Gesundheitstipps und Hinweise auf günstige Freizeitangebote runden die Broschüre ab.

Sicher, manches klingt simpel, manches hat man auch schon einmal gewusst. Die Zusammenstellung gibt allerdings einen vielseitigen und einfachen Überblick über alles, was mit der Haushaltsführung zusammenhängt.

➔ zu bestellen per Mail unter her tag\_25@web.de. Preis 4 Euro zzgl. 1 Euro Versandkosten.



Broschüre „Alltag im Griff“ von Jutta Hertlein

Buchtipp:

# Glauben, Anpassung, Widerstand

Siegfried Heimann zur Studie von Rainer Sandvoß über Religionsgemeinschaften 1933-45

**Am 1. Juli 1937 wird der Pfarrer Martin Niemöller von der Gestapo verhaftet, nachdem Spitzelberichte zu erzählen wussten, dass Niemöller in seinen Predigten vor seiner Gemeinde in Berlin-Dahlem „mit einer beispiellosen Frechheit“ über das nationalsozialistische Deutschland spreche. Er blieb bis zur Befreiung 1945 im Gefängnis und später im KZ eingekerkert. Seine Gemeinde - die „Niemöller-Gemeinde“ ließ ihn nicht allein, immer wieder kam es zu „Gedengottesdiensten“ für ihn. Anlass genug für die Gestapo, diese Gottesdienste streng zu überwachen. Der Beginn eines Befehles dazu ist der Titel einer gewichtigen Studie, die gute Chancen hat, zum Standardwerk zu werden.**

Der langjährige Mitarbeiter und stellvertretender Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Hans-Rainer Sandvoß - nun im wohlverdienten Ruhestand - hat sich nach seiner Monographie über den „Arbeiterwiderstand“ aus dem Jahre 2007 nun dem Widerstand in den „Religionsgemeinschaften“ in Berlin gewidmet. Thema ist nicht nur der Widerstand in der evangelischen und der katholischen Kirche, auch wenn die Kapitel darüber den umfänglichsten Teil der Darstellung ausmachen, sondern auch aus gutem Grund der Widerstand der „Zeugen Jehovas“ und der „Quäker“.

## KRITISCHE UND ABGEWOGENE ANALYSE

Die Untersuchung zeichnet sich nicht zuletzt durch eine sehr kritische und dennoch abgewogene Analyse des Forschungsstandes aus. Die Literatur zum Thema ist sehr umfänglich, freilich schwankt sie - wie Sandvoß anmerkt - in der Einschätzung des kirchlichen Widerstandes zwischen einer „Verklärung“ des Widerstands oder der Reduzierung auf den Widerstand „isolierter Einzelkämpfer“.

Es zeichnet die Studie des Autors aus, dass sie nicht eine der beiden Positionen nur fortschreibt oder ergänzt. Das Resümee von Sandvoß fällt, bezogen etwa auf den Widerstand in der protestantischen Kirche, sehr kritisch aus.

Der Autor weiß aber dennoch den im Zeitverlauf größer werdenden Willen zum widerständigen Denken und schließlich auch - bei Wenigen - zum Handeln sehr anschaulich zu würdigen: „Die übergroße Mehrheit der evangelischen Kirche machte sich 1933 als ideologischer Unterstützer der



*Hans-Rainer Sandvoß, „Es wird gebeten, die Gottesdienste zu überwachen...“.*  
*Religionsgemeinschaften in Berlin zwischen Anpassung und Widerstand von 1933 bis 1945, Berlin (Lukas-Verlag) 2014, 564 Seiten, Euro 29,80.*  
*In der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin ist die Veröffentlichung für 20 Euro erhältlich.*

NS-Machtergreifung mitschuldig an der Zerstörung der ersten deutschen Republik. Zumindest eine Minderheit des Protestantismus zog im Laufe der politischen Entwicklung Lehren aus den Erfahrungen des kirchenpolitischen Kampfes und des sich zunehmend radikalierenden Nazismus; wiederum eine Minderheit davon schließlich rang sich zu praktischen Konsequenzen durch“ und leistete Widerstand.

Gerade die Biographie von Martin Niemöller, dem NSDAP-Wähler von 1933 und dem mutigen Prediger wider den nazistischen Ungeist 1937, kann das belegen. Sandvoß verschweigt nicht die unglaublichen Anbiederungen des Bischofs Otto Dibelius im Jahre 1933 und auch nicht die „antijudaistische“ Grundstimmung bei Pfarrern und Gemeinden, die sich um evangelische „Nichtarier“ sorgten, aber gegenüber Glaubensjuden oft nur zu einer „begrenzten Solidarität“ bereit waren. Und dennoch sind die vielen Beispiele einer Hilfe für verfolgte Juden beeindruckende Zeugnisse für den mutigen Widerstand christlicher Frauen und Männer.

Auch die in Berlin viel kleinere katholische Kirche ließ 1933 „wenig Distanz zum neuen Staat erkennen“ und auch nach der

brutalen Ermordung des Leiters der ‚Katholischen Aktion‘ Erich Klausener im Jahre 1934 ist von „einer deutlichen Stellungnahme der katholischen Kirche gegen die Mordaktion [...] nichts überliefert“, wie Sandvoß kritisch konstatiert.

Umso mehr ist das Beispiel des Bischofs Graf von Preysing zu würdigen, der - mitten im Kriege und eindeutig auf Juden und Zwangsarbeiter bezogen - predigte: „Wer immer Menschenantlitz trägt, hat Rechte, die ihm keine irdische Gewalt nehmen darf.“ Das Katholische Hilfswerk tat bei der Hilfe für untergetauchte Juden ein Übriges, damit es nicht bei Worten blieb.

## WIDERSTAND KLEINER RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

Sandvoß bezieht in seine Untersuchung die widerständige Haltung, besonders die Verweigerung des Kriegsdienstes, der „Zeugen Jehovas“ ebenso mit ein wie die „Gesellschaft der Freunde (Quäker)“, deren „Internationales Hilfsbüro“ von 1933 an für viele politisch und rassistisch Verfolgte letzte Rettung war.

Sandvoß weist in seiner Arbeit selbst auf ein weiterhin bestehendes Desiderat in der Forschung über den Widerstand in Berlin hin. Die Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung der Berliner Juden ist inzwischen oft beschrieben worden, aber es gab auch jüdischen Widerstand, der noch nicht umfassend dargestellt worden ist.

Alles in allem aber ist festzuhalten, dass mit der Monographie über Anpassung und Widerstand in den Religionsgemeinschaften Berlins Hans-Rainer Sandvoß eine Darstellung gelungen ist, die nicht zuletzt auch den Kirchen in Berlin als Lektüre dringlich zu empfehlen ist.

Die Arbeit stützt sich neben der kritischen Sichtung der umfänglichen Literatur zu dem Thema auf die akribische Auswertung der schriftlichen Quellen sowohl der aktiven Nazi-Gegner und Widerständler wie auch der Akten der Verfolger. Der Autor hat darüber hinaus über 100 Zeitzeugen befragt und deren Erzählungen kritisch einbezogen.

Die vielen Menschen aus den Religionsgemeinschaften, die im Widerstand nicht selten ihr Leben wagten oder gar verloren, erhalten durch zahlreiche Fotoportraits im wahrsten Sinne des Wortes auch ein Gesicht. Dem Lukas-Verlag, der das Vorhaben des Autors erneut hervorragend betreut hat, ist es zu danken, dass diese Fotos in hervorragender Qualität wiedergegeben sind. **Siegfried Heimann** □

## 1. Weltkrieg:

# Ein anpassungsfähiges System

Der „Ultra-Imperialismus“ in der Analyse von Karl Kautsky

In der „Neuen Zeit“ vom 11. September 1914 und im 2. Heft des Jahres 1915 verfasste der sozialdemokratische Theoretiker der II. Internationale und des „marxistischen Zentrums“ der SPD, Karl Kautsky (1854-1938), zwei Aufsätze zur Imperialismustheorie unter dem Eindruck des kurz zuvor in Berlin und Wien vom Zaun gebrochenen großen Krieges, in denen er den Begriff „Ultra-Imperialismus“ zur Anwendung brachte (Karl Kautsky, *Der Imperialismus, Neue Zeit* 32 (1914), S. 908ff; ders., *Zwei Schriften zum Umlernen, Neue Zeit* 33 (1915), S. 107ff.).

Dabei stützte Karl Kautsky seine Deutung der Entwicklung des Monopolkapitalismus zum einen auf eigene Ausarbeitungen (*Der Imperialismus*) wie zum anderen auf die Kritik zweier Bücher von Heinrich Cunow (1862-1936) und Richard Calwer (1868-1927), zweier deutscher Sozialdemokraten des reformistischen Parteiflügels. Auf ihre, besonders auf Cunows, Positionen geht Kautsky weiter ein und erörtert ihre Argumente.

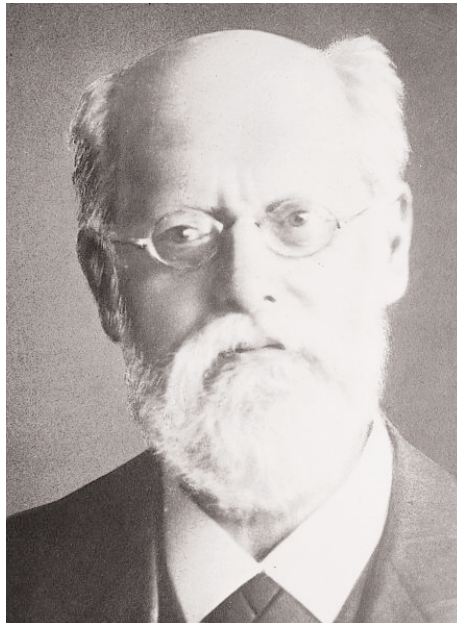
Er kommt jedenfalls zu der theoretischen Schlussfolgerung, dass der Imperialismus nicht schon durch den Weltkrieg seine eigenen Grundlagen zerstört, moralisch völlig abgewirtschaftet hat und die Gegensätze derart vorantreibt, dass der Weg zum Sozialismus „mit Riesenschritten“ gegangen wird, sondern folgert auch, dass sich die imperialistischen Hauptmächte untereinander verständigen und zu einem *Modus Vivendi* finden, der das Überleben des Imperialismus als „Ultra-Imperialismus“ sichert. (Kautsky 1915, S. 145).

Diese Variante der Imperialismustheorie wurde insbesondere von W.I. Lenin energisch kritisiert, der darin eine Abweichung von marxistischen Kernpositionen zum Kapitalismus erblickte und Kautsky vorwarf, auf der ganzen Linie sowohl mit der marxistischen Theorie als auch mit der marxistischen Praxis zu brechen.

## WAS IST

### „ULTRA-IMPERIALISMUS“?

Kautsky selbst schrieb: „Man kann vom Imperialismus sagen, was Marx einmal vom Kapitalismus sagt: Das Monopol erzeugt die Konkurrenz und die Konkurrenz das Monopol. Die wütende Konkurrenz der Riesenbetriebe, Riesenbanken und Milliarden erzeugte den Kartellgedanken der großen Finanzmächte, die die kleinen schluckten. So kann jetzt aus dem Welt-



Sozialdemokratischer Theoretiker: der Marxist Karl Kautsky. Foto: Wikimedia / George Grantham Bain Collection (Library of Congress)

krieg der imperialistischen Großmächte ein Zusammenschluss der stärksten unter ihnen hervorgehen, der ihrem Wettrüsten ein Ende macht“ (Kautsky 1914, S. 921).

Kautsky prognostizierte also nichts anderes als einen in seiner Dauer mehr oder weniger absehbaren Krieg, dessen Sinnlosigkeit die ihn führenden imperialistischen Mächte einzusehen fähig seien und daraus die Konsequenz zögen, ihn schnellstmöglich im eigenen Interesse zu beenden. Auf ihn folgend könne es durchaus zu einer Friedensordnung im Interesse der großen Mächte kommen.

## IMPERIALISMUS ALS ENTSCHEIDUNG

Diese Erwartung resultierte aus seiner Betrachtung des Imperialismus als einer überwiegend nationalen und politischen Erscheinung, die zwar auf ökonomischen Gesetzen basiere, aber keine eigene Entwicklungsetappe des Kapitalismus darstelle. Mit anderen Worten: Ob sich ein Staat imperialistisch verhält oder nicht ist letztlich die Folge der politischen Entscheidungen. Oder im O-Ton Kautsky: „Eine ökonomische Notwendigkeit für eine Fortsetzung des Wettrüstens und den Weltkrieg liegt nicht vor, auch nicht vom Standpunkt der Kapitalistenklasse selbst, sondern höchstens vom Standpunkte einiger Rüstungsinteressenten.“ (Ebd., S. 920).

Seinen Optimismus hinsichtlich der

seinerzeitigen Friedensfähigkeit der großen imperialistischen Mächte stützte Kautsky vornehmlich auf die Ausarbeitungen des britischen sozialliberalen Ökonomen John Atkinson Hobson (1858-1940), der eine „Sucht nach politischer Expansion und kommerziellem Vorteil“ sowie die „Vorherrschaft der Finanz- bzw. Investitionsinteressen über die Handelsinteressen“ erblickte. Der Imperialismus „besteht in dem Drange jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein größeres agrarisches Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird“ (Ebd., S 909).

Kautsky nahm eine Tendenz zur Disproportionalität zwischen städtischer und industrieller („doppelter“) und agrarischer („einfacher“) Warenproduktion an, in dem die Proportionalität stets der Gefahr unterliegt, durchbrochen zu werden: „Einmal durch die Landflucht, die der Landwirtschaft Arbeitskräfte nimmt und der Industrie zuführt, und dann durch das Wachstum der Intelligenz und der Technik in den Städten, wodurch die Produktivität der Industrie leicht gesteigert wird. Das Produkt der Industrie hat also die Tendenz, rascher zu wachsen als das der Landwirtschaft.“ (S. 912) Nur so konnte er zu dem Schluss kommen, dass irgendwann einmal der Expansionsdrang der kapitalistischen Nationen entweder befriedigt oder aber zu riskant werden würde und über eine ökonomische Rationalität eine Deeskalation zwischen den imperialistischen Staaten statt fände: „Kapitalisten aller Länder - vereinigt Euch!“ (S. 920).

Für Lenin hingegen kennzeichnete der Imperialismus die Schlussphase des Kapitalismus vor dem Übergang zur sozialistischen Gesellschaft.

## FRIEDLICHER IMPERIALISMUS?

Kautsky resümierte aus seinen Betrachtungen die Möglichkeit einer längerfristigen Existenz des Kapitalismus als Ultra-Imperialismus: „Der Imperialismus ist eine besondere Art kapitalistischer Politik ebenso wie das Manchestertum, das er ablöst. Auch dieses bezeichnete nicht eine bestimmte „Wirtschaftsphase“, wenn es auch mit einer solchen notwendigerweise verbunden war.“ (Kautsky 1915, S. 111)

Dieser könne durchaus eine Eigendynamik erlangen: „Aber vorübergehend könnte, wie das Manchestertum in den fünfziger und sechziger Jahren sowie der Impe-

**Fortsetzung Seite 13**

**Fortsetzung von Seite 12**

rialismus des vorigen und Beginn des jetzigen Jahrhunderts bis zum Einsetzen der Teuerung, so auch der Ultra-Imperialismus eine Aera neuer Hoffnungen und Erwartungen innerhalb des Kapitalismus bringen.“ (Ebd., S. 145)

Ausgerechnet Heinrich Cunow, über dessen Positionen sich sowohl Lenin als auch Kautsky ablehnend äußerten, sprach folgende Vermutung aus: „Aus dieser Auffassung heraus, daß der Kapitalismus längst abgewirtschaftet hat, erklärt sich denn auch die Tatsache, daß bei Beginn des Krieges selbst manche klügeren Köpfe mit größter Sicherheit annahmen, in wenigen Wochen würde der große „Kladderatsch“ da sein. Alle Banken, die gesamte Industrie, der ganze Großhandel brächen zusammen!

Illusionen über Illusionen!“ (Heinrich Cunow, zit. nach Kautsky 1915, S. 139)

Cunow prognostizierte eine längere Übergangsphase zum Sozialismus dort, wo sich der Imperialismus durchsetze, den er im Übrigen nicht als zwangsläufige Etappe des Kapitalismus ansah.

**HOHE LERNFÄHIGKEIT  
DES KAPITALISMUS**

Damit reflektierte er offensichtlich eine hohe Lern- und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus, die vor allem Lenin nicht mittragen mochte. Cunows Ratschlag, diesen „Ausreifungsprozess“ als nötigen Schritt zum Sozialismus nicht zu verhindern, ging eindeutig in die reformistische, evolutionistische Richtung der Sozialde-

mokratie, und er sollte im Kern recht behalten.

Der Kapitalismus erwies sich - auch als Imperialismus - als lebensfähiger als erwartet oder erhofft. Die von Lenin, aber auch von Rosa Luxemburg und Rudolf Hilferding herausgearbeiteten Monopolstrukturen rettete er über die Jahrzehnte und prägte sie weltweit aus, Kautskys angelegte „Friedensfähigkeit“ zeigte er zumindest bei entsprechendem Gegendruck, und Cunows gemutmaßte Anpassungsfähigkeit bei der Beherrschung der Massen und seiner Herrschaftsinstrumente, die hat er gewiss auch bewiesen.

Der Imperialismus - ein „ultra-harter Granit“ - auch durch die Domestizierungsleistung der Sozialdemokratie.

**Holger Czitrich-Stahl** □

**Pazifismus:**

# „Krieg dem Kriege“ als Friedenserklärung

Ernst Friedrichs antimilitaristische Dokumentation liegt in einer Neuauflage vor

**„Die Fotografien der Schlachtfelder, dieser Abdeckereien des Krieges, die Fotografien der Kriegsverstümmelten gehören zu den fürchterlichsten Dokumenten, die mir jemals unter die Augen gekommen sind“, schrieb Kurt Tucholsky in der Weltbühne, nachdem der Band 1924 erstmals erschienen war. Seitdem hat Ernst Friedrichs „Krieg dem Kriege“ eine Vielzahl von Neuauflagen erlebt. Jetzt ist es beim Christoph Links Verlag wieder erschienen, herausgegeben vom Anti-Kriegs-Museum Berlin.**

Als die erste Auflage erschien, verbot die Berliner Polizei den Arbeiterbuchhandlungen, Bilder aus dem Buch in ihren Schaufenstern zu zeigen. Die Dokumente der Grausamkeiten, des Elends, der Verstümmelung und Vernichtung während des Weltkriegs sollten unsichtbar bleiben. Bilder, die Ernst Friedrich hinter die Schaufensterscheibe in der Parochialstraße 29 in Mitte hängte, entfernte die Polizei mit dem Bajonett. 1925 eröffnete der Kriegsdienstverweigerer Ernst Friedrich dort sein Antikriegsmuseum, in dem er neben Kriegsgesetz, Spielzeug und künstlerischen Arbeiten von Käthe Kollwitz oder Otto Dix auch Fotografien aus seinem Buch „Krieg dem Kriege“ zeigte. Friedrich klärte auf und wollte vor allem die Jugend mit seiner Botschaft erreichen. Die gegen ihn angestrengten Prozesse wurden zur Bühne für seine Ideen.

Das Buch war durchgehend viersprachig in deutsch, französisch, englisch und holländisch verfasst, Ausdruck des übergreifenden Friedenswillens, der sich gegen die allgegenwärtige Kriegsverherrlichung der damaligen Zeit richtete und gegen die



*Ernst Friedrich, Krieg dem Kriege, neu herausgegeben vom Anti-Kriegs-Museum Berlin, Verlag Christoph Links Verlag, 2015, 320 S., 214 Abbildungen s/w; ISBN: 978-3-86153-828-8*

Versuche, das Kriegsende umzudeuten und eine Dolchstoßlegende zu stricken. „Krieg dem Kriege“ wurde weltweit hunderttausendfach verkauft.

Die Nazis verfolgten Ernst Friedrich, sein Museum wurde geschlossen, er selbst verhaftet. Ende 1933 gelang ihm die Flucht, er tauchte in Frankreich unter, wo er nach dem Ende des Krieges seinen Traum von einer Insel des Friedens wieder aufgriff und eine Begegnungsstätte für Kinder und Jugendliche einrichtete.

1967 starb Ernst Friedrich in Frankreich, zu seinem 15. Todestag am 2. Mai 1982

eröffnete sein Enkel Tommy Spree in Berlin wieder ein Antikriegs-Museum, das heute in der Brüsseler Straße 21 in Mitte an den Gründer Ernst Friedrich und seine Sammlung erinnert und den antimilitaristischen und friedenspädagogischen Auftrag weiter lebendig hält.

Die Neuauflage von „Krieg dem Kriege“ im Ch. Links Verlag macht das Werk, das zuletzt 2004 bei DVA erschien, jetzt wieder zugänglich. Auf 250 Seiten sind die von Ernst Friedrich gesammelten Fotos und Texte zu sehen. Plakative Bildgegenüberstellungen wie die des Segelsport treibenden Königs Georg von England und des Proletariats mit Armprothese sind dabei, Fotos der siegessicheren Soldaten vor der Schlacht und eines Leichnams danach. Aufnahmen, die die Erschossenen im Schützengraben zeigen, kontrastiert mit Zitaten wie „Herrlich ist das Soldatenleben“.

Viele Aufnahmen zeigen die Zerstörungen des Krieges, die Gräber, die Hinrichtungen durch die Armee. Bilder, die anderswo nicht zu sehen waren und die eine in der damaligen Zeit unbekannt Seite des Krieges sichtbar machen und ins Bewusstsein rücken.

Der Faksimile-Nachdruck des Originals auf hochwertigem Papier wird ergänzt durch eine Einführung von Gerd Krumeich, der für eine historische Einordnung sorgt und die Wirkung des Buches beschreibt. Zudem liefert er Fakten und Hintergründe zu den Verletzungen und Verstümmelungen, die auf den Fotografien zu sehen sind, deren Opfer aber nach dem 1. Weltkrieg häufig aus dem Stadtbild verbannt waren. Tommy Spree schildert in einem Beitrag das bewegte Leben seines Großvaters und die Überzeugung, für die er eintrat. **uh** □

## Bericht aus Europa

Sylvia-Yvonne Kaufmann bei der AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf

**Die sozialdemokratische Europaabgeordnete der Berliner SPD, Sylvia-Yvonne Kaufmann, berichtete in der Mitgliederversammlung der AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf (C-W) aus dem Europaparlament.**

Die Diskussion konzentrierte sich schnell auf das Freihandelsabkommen der EU mit den USA. Da es für Außenstehende nicht transparent genug ist, schüren die TTIP-Verhandlungen Ängste.

Ein weiteres Thema war die Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU. Schnell wurde deutlich, dass die Zerstörung von Booten, die die Schlepper nutzen, um Menschen über das Mittelmeer nach Europa zu bringen, keine Lösung sein kann. Vielmehr ist neben den Kriegen und Bürgerkriegen die Entwicklungspolitik eine der Ursachen, die zu dem zahlenmäßigen Anstieg der Flüchtlinge führt.

Die Entwicklungspolitik muss überdacht und verändert werden. Allein durch die eu-



Sylvia-Yvonne Kaufmann zu Gast bei der AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf.

Foto: Mommsen

ropäische Subventionspolitik wird außerhalb der EU-Grenzen vielen Menschen die Existenzgrundlage entzogen.

Am 17. November wird die Diskussion in der AG 60plus C-W vertieft. Thema ist dann: „Entwicklungshilfe und deren Auswirkung“ mit dem Referenten Christian Wilmsen von der Aktion Gemeinsinn eV.

Auch haben die Genossinnen und Genossen hinzugelernt. Wir wissen jetzt, was „Konfliktminerale“ (siehe S. 2 dieser Ausgabe) sind und dass es dringend einer Herstellerverpflichtung bedarf, um Ausbeutung und Kinderarbeit zu unterbinden.

**Norbert Wittke, Kreisvorsitzender der AG 60plus C-W** □

# Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

## TERMINE

- 13.06.2015, 09:30, SPD Berlin, **Landesparteitag der Berliner SPD**, Hotel Intercontinental Berlin, Budapester Str. 2, 10787 Berlin
- 13.06.2015, 11:00 - 12:00, Dr. Clara West, Mda, **Beratung zum Mietrecht**, Bürgerbüro, Naugarder Straße 43, 10409 Berlin
- 14.06.2015, 10:00, SPD Treptow-Köpenick + Matthias Schmidt (MdB), **Politischer Fröhschoppen zum Thema Sterbehilfe**: "Die größte Freiheit? Sterbehilfe erlauben oder verbieten?" Freiheit fünfzehn, Freiheit 15, 12555 Berlin
- 15.06.2015, 17:30 - 18:30 **Frédéric Verrycken, Mda Charlottenburg-Nord, Sprechstunde**, Kiezbüro, Taurogener Straße 45, 10589 Berlin
- 15.06.2015, 19:00, SPD Spandau, Alte Privilegien, neue Herausforderungen: **zum Verhältnis von Staat und Religion**, u.a. mit Ehrhart Körting, Ev. Kirchengemeinde St. Nikolai, Gemeindesaal, Reformationsplatz 8, 13598 Berlin
- 16.06.2015, 19:00, SPD Mitte - Abt. Friedrichstadt, **Das gemeinsame Haus Europa: Ende einer Vision? mit Horst Teltschik**, Evangelische Schule Berlin Zentrum, Wallstraße 32, 10179 Berlin
- 16.06.2015, 15:00, AG 6oplus Neukölln, Kreisvorstand, **mit dem Bezirksstadtrat für Bildung, Schule, Kultur und Sport, Jan-Christopher Rämer**, Kreisbüro SPD Neukölln, Sonnenallee 124, 12045 Berlin
- 16.06.2015, 16:30 - 18:30, AWO Südost e.V., **AWO-Fachgespräch: Was Hänschen nicht lernt ... - Demokratie in Kitas**, mit Sandra Scheeres, AWO-Kompetenzzentrum, Falkstraße 27, 12053 Berlin
- 16.06.2015, 19:00, AGS Berlin, **Podiumsdiskussion „Neue Wege zur Schulsanierung“**, u.a. mit Mark Rackles, Staatssekretär für Bildung, Torsten Schneider, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Sabine Smentek, Bezirksstadträtin, Anna-Lindh-Grundschule, Guineastrasse 17/18, 13351 Berlin
- 16.06.2015, 17:00, SPD Lichtenberg, „Müller vor Ort“ - Der Regierende Bürgermeister **Michael Müller im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern Lichtenbergs**, Kulturhaus Karlshorst, Großer Saal, Treskowallee 112, 10318 Berlin
- 16.06.2015, 19:30, Mechthild Rawert, MdB + Heike Baehrens, MdB, **Fraktion vor Ort: Pflege geht uns alle an**, AHB - Nachbarschafts- und Familienzentrum, Finchleystraße 10, 12305 Berlin
- 17.06.2015, 17:00 - 18:30, Franziska Becker, Mda + Frédéric Verrycken, Mda, **Führung durch das Berliner Parlament**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin. Bitte anmelden: 01575-4387074
- 17.06.2015, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, Mda - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro von Karin Halsch, Mda, Am Berl 13, 13051 Berlin
- 17.06.2015, 18:30 - 20:30, Fachausschuss Familien-, Kinder- und Jugendpolitik, **Der Jugendbereich in der Haushaltsaufstellung**

- 2016/17, Gangway, Schumannstraße 5, 10117 Berlin
- 17.06.2015, 15:00 - 17:00, Dr. Ina Czyborra, Mda - Zehlend., **Sprechstunde „Frauenpower - was sonst?!“ - speziell für Frauen**, Wahlkreisbüro Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin
- 17.06.2015, 16:30 - 18:00, **Jörg Stroedter, Mda Reinickendorf-Mitte + -Ost, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin Anmeldung erbeten unter 030-70178 034
- 17.06.2015, 18:00 **Programmkonferenz Berlin. Stadt der Vielfalt. Aufstieg gestalten**. Siehe Seite 7.
- 18.06.2015, 19:00 „Die Kiffer-Barbie“ - **Constanze Behrends liest** im Bürgerbüro von Ralf Wieland. Siehe Seite 16
- 18.06.2015, 10:00 - 12:00, Ole Kreins, Mda - Friedrichsfelde, **Sozialberatung im Rahmen der Sozialgesetzgebung (II und III)**, Bürgerbüro von Ole Kreins, Heinrichstraße 1, 10317 Berlin
- 19.6.2015, 18:30 Uhr, Ülker Radziwill, **Filmvorführung „Willkommen auf deutsch“ und anschließende Diskussion mit der Berliner SPD-Europaabgeordneten Sylvia-Yvonne Kaufmann**, Eintritt frei, Dawanda Snugery, Windscheidstraße 19, 10627 Berlin
- 19.06.2015, 15:00 - 16:30, **Franziska Becker, Mda - Wilmersdorf, Sprechstunde**, Bundesplatz-Kino - Café, Bundesplatz 14, 10715 Berlin
- 19.06.2015, 16:00 - 17:00, **Bruni Wildenhein-Lauterbach, Mda - Wedding, Bürgersprechstunde**, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 19.06.2015, 13:00 - 14:30, **Ülker Radziwill, Mda Charlottenburg, Sprechstunde**, Mda, Divan e.V., Nehringstraße 26, 14059 Berlin
- 19.06.2015, 18:00, AG Migration und Vielfalt, **Regionaltreffen Ost: Vorstellung der KandidatIn für den Landesvorsitz**, BürgerInnenbüro von Cansel Kiziltepe und Björn Egger, Urbanstr. 1, 10961 Berlin
- 19.06.2015, 16:00 - 18:00, **Iris Spranger, Mda - Marzahn-Hellersdorf, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro Köpenicker Straße 25, 12683 Berlin
- 19.06.2015, 11:00 - 12:00, **Brigitte Lange, Mda, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin. Anmeldung erbeten unter 030/69 81 87 13
- 19.06.2015, 12:00, Frédéric Verrycken, Mda Charlottenburg-Nord, **Rundgang an der Spree mit Bezirksstadtrat Marc Schulte**, Treffpunkt: Spree, Kucharskistraße, 10587 Berlin. Anmeldung unter 23 25 13 46.
- 19.06.2015, 19:00, Frédéric Verrycken, Mda Charlottenburg-Nord, **Vernissage des Fotografen Christian Lange**, Kiezbüro von Frédéric Verrycken, Taurogener Straße 45, 10589 Berlin
- 19.06.2015, 16:30, Frank Jahnke, Mda | Fachausschuss Kultur, **Kultur/Stadt/Raum: Diskussion mit Andreas Geisel**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 161, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 19.06.2015, 13:30, Karin Halsch, Mda - Lich-

- tenberg, **Sprechstunde von Karin Halsch, Mda, und Bezirksbürgermeisterin Birgit Monteiro**, Dorfkate Falkenberg, Dorfstraße 4, 13057 Berlin. Anmeldung erbeten unter 51736948
- 19.06.2015, 16:30, **Thomas Isenberg, Mda - Moabit, Hansaviertel, Tiergarten-Süd, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro Arminiusmarkthalle Moabit, Arminiusstraße 2-4, 10551 Berlin
- 20.06.2015, 10:30, SPD Mitte - Abt. Grünes Dreieck + Abt. Bellevue, **Thomas Isenberg am Infostand der SPD-Abteilung Bellevue**, Hansaplatz, 10555 Berlin
- 21.06.2015, 10:00, Thomas Isenberg, Mda - Moabit, Hansaviertel, Tiergarten-Süd, **Großstadtsafari im Großen Tiergarten**, Treffpunkt: Großer Tiergarten, Luiseninsel, Denkmal der Königin Luise, 10557 Berlin
- 22.06.2015, 17:30, **Dr. Susanne Kitschun, Mda Friedrichshain, Sprechstunde**, Wahlkreisbüro, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin
- 22.06.2015, 19:30, Ülker Radziwill, Mda Charlottenburg, **Vernetzungstreffen mit Ehrenamtlichen im Bereich Flüchtlinge**, Kiezbüro von Ülker Radziwill, Friedbergstraße 36, 14057 Berlin
- Alle Termine: [www.spd.berlin/termine](http://www.spd.berlin/termine)

### Wilmersdorf:

## 11. Kiezfest auf dem Rüdeshheimer Platz

**Die SPD-Abteilung Wilmersdorf-Süd lädt am 20. Juni zum elften Mal in Folge ein zum sommerlichen Kiezfest auf dem Rüdeshheimer Platz.**

Wie jedes Jahr ist das Kiezfest ein Angebot für die ganze Familie. Neben Musik und politischen Gesprächen auf der Bühne findet sich ein auch großes Unterhaltungsprogramm mit Hüpfburg, Schminken und Spielen für die Kinder. Die Gäste haben die Möglichkeit, sich mit prominenten Politikerinnen und Politikern der Bezirks-, Landes- und Bundesebene über berlin- und bundespolitische Themen auszutauschen.

Angekündigt haben sich der Regierende Bürgermeister Michael Müller, die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, und der Senator für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt, Andreas Geisel, sowie der Landesvorsitzende der Berliner SPD, Dr. Jan Stöß.

Aus dem Abgeordnetenhaus werden Parlamentspräsident Ralf Wieland, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Raed Saleh, und die Mitglieder der SPD-Fraktion aus Charlottenburg-Wilmersdorf erwartet. Musikalisch begleitet wie in den Vorjahren die Big Band der Paul-Natorp-Oberschule das Kiezfest. Und auch für das leibliche Wohl ist mit Grill-, Kuchen- und Getränkeständen gesorgt.

➡ Kiezfest auf dem Rüdeshheimer Platz, Samstag, 20. Juni 2015, 14:30 bis 18:30 Uhr

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

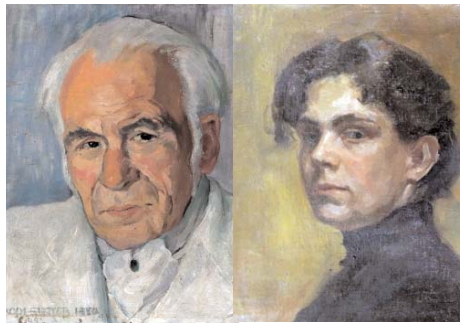
**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

## Fünf Generationen Kunst

Arbeiten einer Künstlerfamilie zwischen Berlin und Ahrenshoop

In seiner Sommerausstellung stellt das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie Künstler einer Familie vor, in der über Generationen mit Leidenschaft gemalt, gezeichnet, getöpft wurde. In ihrem Zentrum stehen Dora Koch-Stetter (1881 - 1968) und Fritz Koch-Gotha (1877 - 1956)

Ausgangspunkt der Künstlerfamilie ist die Malschule von Elise Stetter. Ihr Vater führte in Berlin die bekannte Universitäts-Druckerei Gustav Schade. Ihre Tochter Dora wurde 1881 in Bayreuth geboren. Nach dem Tode ihres Mannes zog sie von Bayreuth zurück nach Berlin und eröffnete eine Malschule für Damen. Tochter Doris lernte dort mit Pinsel und Stift umzugehen. 1899 besuchte sie drei Jahre die Königliche Kunstschule in Berlin, um Zeichenlehrerin zu werden. Künstlerinnen ihrer Generation hatten keinen Zugang - wie ihre männlichen Kollegen - zu den Kunstakademien. Sie nahm privaten Unterricht in den Ateliers von Conrad Fehr, dort unterrichteten auch Walter Leistikow, Johannes Heise, Lovis Corinth. 1917 heiratet sie den Zeichner Fritz Koch-Gotha. In Ahrenshoop werden sie Teil der Künstlerkolonie. Ihre Tochter



Arbeiten von Fritz Koch-Gotha (1877 - 1956) und Dora Koch-Stetter (1881 - 1968) stehen im Mittelpunkt der aktuellen Ausstellung.

Barbara Klünder gehört zur dritten Generation. Mit ihrem Mann Arnold baut sie eine Keramikwerkstatt auf. Ihre Tochter Susanne Schwandt arbeitete als Illustratorin, Sohn Johann übernahm die Keramikwerkstatt. Ihr Sohn Samuel Schwandt ist heute Designer. **BS** □

➔ Fünf Generationen einer Künstlerfamilie zwischen Berlin und Ahrenshoop, bis 14. Juli 2015. Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163. Öffnungszeiten: Mi, Do, Fr, 16 - 18 Uhr und nach tel. Vereinbarung (030 - 883 7914 + 4692 150)

Lesung:

## Die „Kiffer-Barbie“ im Wahlkreisbüro

Die Schauspielerin und Autorin Constanze Behrends ist am 18. Juni zu Gast im Bürgerbüro des Weddingers Abgeordneten Ralf Wieland. Sie liest aus ihrem Buch „Kiffer-Barbie - Das Beste aus meinem Leben“.

Constanze Behrends ist Mitbegründerin des Weddingers Prime Time Theaters („Gutes Wedding, schlechtes Wedding“) und einem breiteren Publikum durch ihre Rollen in diversen TV-Serien bekannt geworden. Im Mai 2015 wurde ihr in Köln der „Jürgen Bansemer & Ute Nyssen Dramatikerpreis“ verliehen.

Darum geht's in der „Kiffer-Barbie“: Constanze kann sich noch so sehr bemühen, ihr Leben droht einfach immer im Chaos zu versinken: Ihre Familie nennt sie Miss Geschicklichkeit, weil Multitasking bei ihr einfach nie funktioniert... Der Tagesspiegel meinte: „Zum Totlachen!“. Dazu sollte es am 18.6. besser nicht kommen. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung per Mail an buero@ralf-wieland.de ist erbeten. **BS** □

➔ 18. Juni, 19:00, Bürgerbüro von Ralf Wieland am Gesundbrunnen, Bellermannstr. 19 a, 13357 Berlin

## Die weltbesten Pressefotos im Willy-Brandt-Haus

Aus rund 98.000 Fotos aus 131 Ländern hat die Jury des renommierten Wettbewerbs World Press Photo die Sieger ausgewählt. Preise wurden in acht Kategorien an 42 Fotografen vergeben. Die weltbesten Presseaufnahmen werden in über 40 Ländern gezeigt, in Berlin sind sie noch bis zum 28. Juni im Willy-Brandt-Haus zu sehen.

Das Siegerfoto des dänischen Fotografen Mads Nissen ist ein klares Bekenntnis gegen Homophobie. Er fotografierte das schwule Paar Jon und Alex in einem inti-

men Moment in Sankt Petersburg. Das Foto ist Teil eines größeren Projekts des Fotografen zum Thema „Homophobie in Russland“. Das Foto nehme auf eindrückliche Weise Stellung zu einem universalen Thema, so die Jury. „Sexuelle Minderheiten werden mit rechtlicher und sozialer Diskriminierung konfrontiert, Verfolgung und sogar gewalttätigen Hass-Verbrechen von konservativen religiösen und nationalistischen Gruppen.“

Das Siegerfoto habe eine große ästhetische Kraft und zeige Menschlichkeit, be-

gründete die Jury-Vorsitzende Michele McNally, Direktorin für Fotografie der New York Times, die Entscheidung. Jurymitglied Alessia Glaviano meint: „Gewalttätige Bilder werden heute von Terroristen für Propagandazwecke produziert. Unsere Antwort darauf muss subtiler ausfallen.“ **PM** □

➔ Ausstellung bis 28. Juni 2015, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin. Dienstag bis Sonntag 12 bis 20 Uhr (am 20. Juni 2015 geschlossen), Eintritt frei, Ausweis erforderlich